

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ VER.DI GEGEN DROHENDE ARBEITSZEITVERLÄNGERUNG UND LOHNRAUB

Was soll daraus noch werden?



Seit nunmehr sechs Wochen befinden sich Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes im Abwehrkampf, ohne dass ihrer Gewerkschaft insgesamt ein Durchbruch gelungen wäre. Nur mit zwei der drei bestreikten kommunalen Arbeitgeberverbände, Hamburg und Niedersachsen, konnte ein Kompromiss erzielt werden. Aber auch der wurde mit einer grundsätzlichen Zustimmung zur Verlängerung der Arbeitszeit erkaufte, und nur für Teile der Belegschaften konnte die 38,5-Stunden-Woche verteidigt werden. Nur 42 Prozent der Mitglieder in Hamburg stimmten deshalb der dortigen Vereinbarung zu.

Immer stärker gerät ver.di in die Defensive, denn für den öffentlichen Dienst gilt: Je länger ein Streik dauert, desto mehr wächst die Gefahr, dass der Unmut der BürgerInnen über die Streiklasten sich gegen die Gewerkschaft wendet. Und der Öffentlichkeit – und damit auch den Beschäftigten in anderen Branchen und Industriezweigen – ist die grundsätzliche Bedeutung dieses aktuellen Konflikts nicht bewusst.

Am 13. März 2006 schickte der ver.di-Bundesvorstand (Bsirske, Mönig-Raane, Martin) ein Rundschreiben an alle Gliederungen der Organisation:

»Im Kern will eine Mehrheit der Ministerpräsidenten, angeführt von den Herren Stoiber, Wulff und – im Hintergrund – Koch, die Gewerkschaften vor die Wahl stellen, sich entweder dem Diktat der Arbeitgeber zu beugen oder künftig zentrale Fragen wie Arbeitszeit und Lohn nicht länger tariflich regeln zu können. In jedem Fall wollen diese Arbeitgeber einseitig bestimmen – so oder so. Was hier – ausgehend vom

Öffentlichen Dienst – auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist ein grundlegender Bruch im Tarifsysteem: Nicht etwa nur der Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag, sondern der Versuch, eine Dynamik in Gang zu setzen, ganze Bereiche im Zweifelsfall tariffrei zu machen.«

Der ver.di-Bundesvorstand – und auch die DGB-Führung und die Vorstände der anderen Einzelgewerkschaften – wissen also, worum es geht. Es fehlt ihnen der Wille und vor allem die Fähigkeit, dem politischen Angriff der Unternehmer und im Gefolge der bürgerlichen Parteien auf gleicher Ebene zu begegnen. Ge- und befangen in ihrer Rolle als »Tarifpartner« suchen sie nach Lösungen und benutzen Mittel, die auf der Ebene des Tarifvertragswesens und somit im Rahmen des deutschen Arbeitsrechtes verbleiben. Damit aber kann man die politischen Angriffe nicht abwehren, da die Gegenseite gerade diese Instrumente so vorzüglich für sich zu nutzen versteht. »Wir wollen mit den Mitteln der Tarifpolitik einen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit leisten und die Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindern«, argumentiert Alfred Wohlfahrt, Verhandlungsführer von ver.di in Baden-Württemberg.

Die Tariflandschaft des Öffentlichen Dienstes aber gleicht längst einem Flickenteppich. Dazu hat ver.di mit seinen Tarifabschlüssen der letzten Jahre selbst beigetragen. Die Möglichkeiten einer legalen Ausweitung der Streiks sind dadurch eng begrenzt. Es gelang in den letzten Jahren mit den Mitteln der Tarifpolitik nicht einmal, bestehende Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Wie soll dann die Arbeitslosigkeit bekämpft werden? Es fehlt zudem die tätige Solidarität der

anderen Gewerkschaften. ver.di kämpft gezwungenermaßen stellvertretend für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. In Reden wird dies zuweilen angesprochen. Doch es fehlt eine klare Aussage, wie die Kampfansage der Arbeitgeber zu beantworten sei. In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, als ginge es um eine Tarifrunde, die nur die unmittelbar Beteiligten unter sich auszumachen hätten. Das ist lächerlich. Denn speziell in diesem Konflikt gilt: Wenn der politische Charakter nicht hinreichend klar und deutlich erklärt wird, bekommen notwendigerweise diejenigen Oberhand, für die ein Streik »nicht mehr in die Landschaft passt«.

Führt die Gewerkschaft die Auseinandersetzung ausschließlich auf der Ebene des Tarifrechtes, so ist der Kniefall vorprogrammiert. Der scheint sich anzudeuten. ver.di hat unter dem zunehmenden Druck ihre Streiktaktik geändert. Die Beschäftigten sollen nicht mehr durchgehend, sondern punktuell und zeitlich flexibel (d.h. begrenzt) die Arbeit niederlegen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung frohlockt am 21. März – schon vor dem Ende der Auseinandersetzung: »Inzwischen sind alle Versuche fehlgeschlagen, die Tarifauseinandersetzung parteipolitisch zu hintertreiben. Die bewusst von einigen SPD-Politikern inszenierte Kritik am Verhandlungsführer der Arbeitgeber [...] Hartmut Möllering ist nahezu verstummt. [...] ver.di ist politisch isoliert – und auch in der Bevölkerung schwindet der Rückhalt. [...] ver.di muss den Ausstand abbrechen, bevor er sich totläuft und die Niederlage offenkundig wird. Der Befund ist eindeutig: ver.di ist am Ende.«

Es zeigt sich: auch ein groß angelegter Streik kann nicht mit konventionellen Mitteln und mit den alten Methoden gewonnen werden. Betroffene, wie z.B. Eltern mit schulpflichtigen Kindern, Patienten und deren Angehörige, wurden allgemein nicht ausreichend einbezogen und mit der Frage konfrontiert, in welcher Gesellschaft sie eigentlich leben wollen. Das kann nicht geleistet werden, solange die Gewerkschaft mehrheitlich an Leitmotiven des kapitalistischen Standortwettbewerbs festhält. Inhaltliche Alternativen sind von der Gewerkschaftsführung, mögen sie Bsirske, Martin oder Schlecht heißen, nicht zu erwarten. Diese zu erarbeiten ist eine Aufgabe für die klassenbewussten Linken. Bei der gegenwärtig laufenden Programmdebatte in ver.di ist eine Kurskorrektur in diese Richtung nicht einmal ansatzweise zu erkennen.

Im laufenden Streik als auch in der inhaltlichen Debatte zeigt sich die Schwäche der klassenbewussten Linken. Sie ist zersplittert, regional isoliert und nicht in der Lage, als politisch organisierte Kraft bzw. als Gewerkschaftsopposition in das Streikgeschehen und die innergewerkschaftliche Debatte einzugreifen. Die kleinen Gruppen der Gewerkschaftslinken, ob sie als übergreifende Netzwerke betrieblicher Einzel-

kämpfer oder als kleine Oppositionsgruppen innerhalb von Einzelgewerkschaften agieren, können sich kaum Öffentlichkeit verschaffen oder versäumen dies gar im aktuellen Konflikt. Trotz dieser schlechten Ausgangslage: Mit unseren bescheidenen Mitteln müssen wir die Streikenden unterstützen und für ein politisches Verständnis des Abwehrkampfes werben. Über dessen Ausgang zu spekulieren betrachten wir nicht als unsere Aufgabe, solange der Kampf noch anhält.

Die überwältigende Zustimmung für den Arbeitskampf in den Urabstimmungen, die im Streik erlebte Gemeinsamkeit und Solidarität und die politischen Erfahrungen stellen einen Schritt nach vorne dar angesichts der Lähmung und Passivität der vergangenen Jahre. In diesem Konflikt geht es aber keineswegs um eine normale »Tarifrunde 2006«, sondern um die Abwehr des Arbeitgeberdiktats, den Erhalt der Reste des Flächentarifvertrags und den Nachweis, dass ver.di noch konfliktfähig ist. Viel zu lange hat ver.di versucht, der verschärften Gangart der öffentlichen Arbeitgeber seit der ausgehenden Kohl-Ära und insbesondere unter SPD-Grün auszuweichen, nun kämpft die Gewerkschaft unter drastisch verschlechterten Bedingungen. Dieser Streik wird, so oder so, nachhaltige Folgen für das Organisationsverständnis in ver.di haben.

Wir bringen im Folgenden eine detaillierte Darstellung der komplizierten Tariflandschaft und des Streikgeschehens im Öffentlichen Dienst. 27.3.2006 ■

Wir danken allen Lesern und Freunden, die die Herausgabe der »Informationsbriefe« im letzten Jahr durch Abonnement und/oder Spenden unterstützt haben, ganz herzlich. Bei **Spendern und Förderabonnenten** werden wir uns in den nächsten Tagen in einem gesonderten Brief mit einer DVD bedanken. Die Zeiten werden politisch und materiell nicht besser – deshalb: Für die materielle Sicherung sind wir weiterhin auf Spenden angewiesen:
GFSA e.V. · Postbank · Kto: 410 077 205 · BLZ 200100 00

INHALT HEFT Nr. 1 / 8.4.2006 JHG. 47

ver.di: Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub 1
 ver.di steht mit dem Rücken zur Wand 3
 WASG-Berlin/Linkspartei.PDS: Sturm im Wasserglas .. 10
 Zur Neuauflage der Bolkestein-Richtlinie 14
 Dokument aus Challenge: Hamas – ein Sieg zuviel 16
 Jugendrevolte in den französischen Banlieus
 Zu einem Aufsatz von Ulrich Beck 17
 Ein Augenzeugenbericht aus Paris 20
 »Ich stehe in der Welt als Kämpfer«
 Zu Wolfgang Abendroth 22
 Manfred Behrend gestorben 24

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladens«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de



■ ZUM STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST:

ver.di steht mit dem Rücken an der Wand

Im ersten großen Streik im Öffentlichen Dienst seit 14 Jahren geht es für ver.di um den Nachweis, dass die Gewerkschaft noch konfliktfähig ist. Das »Jahrhundertwerk« der Tarifrechtsreform, mit der die angeblich nicht mehr zeitgemäßen Tarifverträge BAT, MTArb und BMT-G durch einen einheitlichen TVöD ersetzt wurden, wies schon im Ansatz entscheidende Mängel auf:

1. Diese Tarifrechtsreform wurde in der Tarifrunde 2003 vereinbart, seither hinter dem Rücken der Mitgliedschaft in abgehobenen Gremien mit den Arbeitgebern ausgekugelt und in der Tarifrunde 2005 im selben Verfahren, nahezu ohne Öffentlichkeit oder gar Urabstimmung, in Kraft gesetzt (vgl. Arpo Nr. 3/2005).
2. Die Länder kündigten mitten im Prozess die Arbeitszeitregelung (38,5-Std.-Woche) und andere Bestimmungen und wurden durch ver.di von weiteren Verhandlungen ausgeschlossen. Folge: Seit 2005 besteht ein tarifloser Zustand mit den Ländern, Hessen ist sogar vorher noch aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ausgetreten.
3. Das neue Tarifwerk TVöD enthält unterschiedliche Arbeitszeitregelungen für den Bund (einheitlich 39 Stunden) und die Kommunen (West: 38,5 Stunden, Ost 40 Stunden). Den kommunalen Arbeitgeberverbänden im Tarifgebiet West wurde eine Öffnungsklausel (§ 6 Abs. 1 Unterabs. b)) zugestanden, die Arbeitszeit in ihrem Landesbezirk zu kündigen und mit der Gewerkschaft neu zu verhandeln auf bis zu 40 Stunden.

Arbeitszeitregelung und Tarifbindung

Die Arbeitszeitregelung im TVöD für Kommunen – Tarifgebiet West – wurde gekündigt von den Kommunalen Arbeitgeberverbänden (KAV) Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg

(AVH), die in der Hansestadt die Stelle eines KAV vertritt. Sie alle erstreben 40 Stunden ohne Lohnausgleich, die dann für alle Kommunen des betreffenden Bundeslandes gelten. Ver.di ist sich mit der Öffnungsklausel selbst in den Rücken gefallen, in der Hoffnung, beim Abschluss des TVöD einen Streik vermeiden zu können. Dieser muss jetzt quasi nachgeholt werden.

Bei den Ländern ist die Ausgangslage stärker durch Härte der Arbeitgeber geprägt. Dort geht es zunächst um die Übernahme des TVöD, wofür wiederum die Arbeitszeit eine entscheidende Bedingung darstellt. Die Länder haben hier zusätzliche Hürden aufgestellt, indem sie das Beamtenrecht nutzten. So müssen auf Landesebene Beamte mittlerweile generell länger arbeiten als Tarifbeschäftigte, auch bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden einseitig Kürzungen verordnet. Nun verlangen die Länder-Arbeitgeber im Namen der »Gerechtigkeit« entsprechende Zugeständnisse bei Angestellten und Arbeitern. Dies wird jetzt schon weitgehend erzwungen. Die einschlägig gekündigten Bestimmungen in BAT und MTArb wirken zwar für Altbeschäftigte weiter, können aber individuell ausgehebelt werden, nämlich beim Abschluss neuer Arbeitsverträge für Altbeschäftigte als Gegenleistung zur Beförderung und generell durch Neueinstellungen.

Ein spezielles Problem mit den Ländern hat die Gewerkschaft sich dadurch geschaffen, dass sie anlässlich der Vereinbarung des TVöD mit Bund und Kommunen eine Meistbegünstigungsklausel abschloss. Diese besagt, dass in den Bereichen Arbeitszeit, Entgelt und Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) mit den Ländern abgeschlossene Verträge, die für die Arbeitgeber günstiger sind als die entsprechenden TVöD-Regelungen, auch für Bund und Gemeinden gelten müssen, wenn diese es wünschen.

Versäumnisse der Vergangenheit

Ver.di wirft den Arbeitgebern unnachgiebige Härte und mangelnden Einigungswillen vor. Sicher ist es für die Motivation der streikbereiten Gewerkschaftsbasis wichtig, das Vorgehen der Arbeitgeber als verantwortlich für den Konflikt zu skizzieren, weil diese die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte durch Einsparung bei Personalkosten und durch Arbeitsverdichtung bewältigen wollen, den Beschäftigten ständig neue Belastungen aufdrücken und erwerbslosen und auszubildenden Menschen Zukunftsperspektiven verbauen. Aber ohne eine offene Diskussion über falsche Strategien der Vergangenheit und neu einzuschlagende Wege wird die gewerkschaftliche Kampfkraft sich nur auf vorübergehend aufflammende Empörung stützen können und nach einigen Wochen wieder verpuffen.

Einerseits kennzeichnet die Gewerkschaftsführung zutreffend die gegenwärtige Lage als besonders schwierig im Vergleich zu früheren Zeiten. Andererseits aber unterschlägt sie dabei ihren eigenen Anteil, der darin besteht, dass sie seit dem verlorenen Streik von 1992 weiteren Auseinandersetzungen durch immer weitergehende Zugeständnisse (v. a. in den Tarifrunden 2000, 2002/3) auszuweichen gehofft hatte. Damit hat sie dazu beigetragen, die Arbeitgeberposition zu stärken, Privatisierung öffentlichen Eigentums und Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse zu fördern und letztlich den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst weitgehend aufzulösen. Dies sind wesentliche Gründe dafür, dass nur Teile des Öffentlichen Dienstes in diesem Streik stehen und auf frühere kampfstärke Bereiche, z. B. Müllabfuhr, heute kein Verlass mehr ist.

Bei einer Niederlage oder einem faulen Kompromiss ist mit resignativer Stimmung zu rechnen. »Verzichten kann ich auch ohne Gewerkschaft«, haben viele bereits in den letzten Jahren gedacht und die Organisation verlassen. Aber zum Kämpfen braucht man eben Gewerkschaften, die dazu bereit sind.

Materielle Ausgangslage

Nicht nur bei der Arbeitszeit bringt der TVöD massive Verschlechterungen für die Beschäftigten, sodass die Konzentration auf die Verteidigung der Arbeitszeitregelung und die Übernahme für die Länder als Kampfziele nicht unproblematisch sind.

Die seit Mai 2004 im Öffentlichen Dienst geltenden Entgelttabellen wurden nicht erhöht, sondern nur ab 1. Oktober 2005 auf neue Entgeltgruppen umgestellt und in dieser Form bis 31. Dezember 2007 verlängert. Drei Einmalzahlungen können den Kaufkraftverlust in dieser Zeit nicht ausgleichen und sind insbesondere nicht tabellenwirksam (abgesehen von den Kommunen im Tarifgebiet Ost, wo sie für eine weitere Stufe der Angleichung an Westniveau genutzt werden). Die neue Tarifsystematik ist deutlich anders gestaltet als bisher gewohnt: Familienzuschläge gibt es nicht mehr (abgesehen von Bestandsschutz für bis Oktober 2005 bestehende Arbeitsverträge), eine neue Niedriglohngruppe wurde eingerichtet, die Lohnsteigerungsdynamik ist in der Lebensperspektive drastisch schlechter, die Arbeitszeit so flexibel, dass Überstundenzuschläge in viel geringerem Maße anfallen. Wie lange werden die KollegInnen durchhalten, um für die Übernahme eines derart schlechten Tarifwerks zu kämpfen? Der Arbeitskampf bei den Universitätskliniken in Baden-Württemberg (s. u.) hat allerdings gezeigt, dass auch weiter-



gehende Forderungen entwickelt und durchgesetzt werden können.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind gekennzeichnet durch die hohe Zahl von offiziell 5 Mio. Erwerbslosen, massive Verschuldung der öffentlichen Haushalte durch kapitalfreundliche Steuerpolitik aller Bundesregierungen einerseits, finanzielle Lasten der Massenarbeitslosigkeit andererseits, durch Tariffucht der Arbeitgeber in Form von Privatisierung, so genannten Sanierungstarifverträgen usw. und natürlich durch eine Medienkampagne, die einmal mehr über die »Sicherheit« der Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst schwadroniert, für die die Beschäftigten doch mal auf Ansprüche, gar auf »18 Minuten täglich« verzichten sollten. Die Realität ist eine völlig andere, wie insbesondere der Strukturwandel in den neunziger Jahren gezeigt hat, als es u.a. mit Post- und Bahnreform um zentrale Privatisierungsprojekte ging. In Arpo Nr. 1/2003 haben wir diese Entwicklung mit folgenden Zahlen dargestellt:

»Die Personalkostenquote, d. h. der Anteil der Löhne und Gehälter an den gesamten Ausgaben der jeweiligen staatlichen Ebene, sank von 1991 bis 1999 beim Bund von 12,0% auf 9,9%, bei den Ländern von 41,6% auf 38,1% und den Gemeinden von 31,3% auf 27,3%. In der Zeit von 1991 bis 2001 wurden ca. 2,1 Mio. Stellen (von 6,4 Mio. auf 4,3 Mio.) abgebaut. Darunter entfällt ein großer Teil auf die Privatisierungen von Bundesbahn (407.000) und Bundespost (663.000). Beim Bund fiel in dieser Zeit die Zahl der Beschäftigten von 652.000 auf 494.000, bei den Ländern von 2.572.000 auf 2.183.000, bei den Gemeinden von 1.996.000 auf 1.474.000, in allen drei Ebenen insgesamt von 5.220.000 auf 4.151.000 (ohne die Beschäftigten des Bundeseisenbahnvermögens, der Sozialversicherungen etc.). Unter diesen gibt es mittlerweile einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten: Bund 16%, Länder 32,1%, Gemeinden 36,3%. Überdurchschnittlich betroffen wurden die Beschäftigten in den ostdeutschen Ländern; dort wurden im Arbeiterbereich fast zwei Drittel aller Stellen abgebaut. Nichtsdestotrotz wird die Legende von der Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst immer noch verkündet und auch geglaubt.« Dem ist hinzuzufügen, dass der Personalbestand dem statistischen Material von ver.di zur Tarifrunde 2005 zufolge bis heute im gleichen Verhältnis um weitere ca. 200.000 Tarifbeschäftigte abgenommen hat.

Protestkundgebung gegen Arbeitszeitverlängerung in Siegen

Die Bezirksverwaltung Siegen-Olpe rief die Beschäftigten beim Land und den Kommunen zu einer Demonstration mit anschließender Protestkundgebung für Freitag, 10. März 2006 auf. Der recht ausführliche Aufruf erschien in der meistgelesenen Zeitung bereits am vorhergehenden Samstag. Mit dieser Aktion sollte ein Zeichen gesetzt werden. Politiker und Landräte wurden von Jürgen Weiskirch, dem Bezirksgeschäftsführer, aufgefordert, sich für den Erhalt der 38,5 Stunden-Woche in den Arbeitgebergremien stark zu machen. Er wies darauf hin, dass eine anderthalb-stündige Arbeitszeitverlängerung pro Woche eine Lohnsenkung von 4% bedeute und brachte zum Ausdruck, dass Arbeitszeitverlängerung die Vernichtung von Arbeitsplätzen nach sich ziehe und Auszubildende und befristet Beschäftigte künftig kaum noch übernommen werden könnten.

Mit einem in den Verwaltungen und Betrieben verteiltem Flugblatt unter dem Motto »Gegen Verschlechterung bei Land und Kommunen. Stoppt die Arbeitszeit-, Arbeitsplatz- und Zukunftsdiebe« wurden die ca. 12.000 Tarifbeschäftigten der Kommunen und des Kreisklinikums, und die ca. 3.000 Tarifbeschäftigten bei den Landesbehörden (Justiz, Landesbetrieb Straßenbau und insbesondere der Universität), zur Kundgebung aufgefordert.

Dem Aufruf folgten zwischen 400 und 450 Kollegen und Kolleginnen. Schätzungsweise die Hälfte der Teilnehmer waren bereits streikende KollegInnen der Landesbehörden

und -betriebe. Die andere Hälfte setzte sich insbesondere aus den Beschäftigten der drei größten Kommunen und des Kreisklinikums zusammen.

Zum Auftakt der Kundgebung wies Jürgen Weiskirch daraufhin, dass ver.di sich nicht von dem Landrat Breuer (Kreisverwaltung Siegen-Wittgenstein) und dem Bürgermeister Stötzel (Stadt Siegen), die ihren Beschäftigten unter Androhung von arbeitsrechtlichen Konsequenzen die Teilnahme verboten hatten, das Recht nehmen lässt gegen Arbeitsplatzabbau zu demonstrieren.

Gabriele Schmidt, Landesbezirksleiterin ver.di NRW, schilderte den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder und den kommunalen Arbeitgebern in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg. Sie machte deutlich, dass durch die Arbeitszeitverlängerung um anderthalb Stunden rund 250.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet werden.

Die drei Redner aus der hiesigen Region machten in unterschiedlicher Deutlichkeit klar, dass Arbeitszeitverlängerung Arbeitsplatzvernichtung nach sich zieht.

Allerdings schaffte es nur der letzte Redner in prägnanter Weise, die Brücke von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu den Erwerbslosen zu schlagen, in dem er deutlich daraufhin wies, dass durch den Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst die Chance für Erwerbslose eine Arbeit bekommen zu können weiter abnimmt. Er stellte die Frage, wo sollen sich denn Arbeitslose bewerben, wenn keine Stellen mehr da sind? Er forderte die Teilnehmer auf für den Erhalt der 38,5 Stunden-Woche zu kämpfen.

Ver.di befürchtet im Falle der Einführung der 40-Std.-Woche einen Arbeitsplatzverlust von 250.000 Stellen bundesweit. Ver.di-Hessen, Fachbereich Gesundheitswesen, prognostiziert in diesem Bereich für den KAV Hessen die Streichung von 2484 Arbeitsplätzen. Umgerechnet sähe das etwa für das Klinikum Hanau so aus: Von 1005 Vollzeitkräften würden 967 übrigbleiben; entsprechend würden in den Alten- und Pflegezentren des Main-Kinzig-Kreises 13 von 351 Stellen zur Disposition stehen. Dies sind natürlich statistische Werte, die konkrete Umsetzung ist damit nicht festgelegt. Aber dieses Verhältnis macht die Gefahr weiterer Arbeitsverdichtung deutlich, an der die Arbeitgeber nach Kassenlage festhalten.

»Der Staat ist pleite und kann sich vieles nicht mehr leisten«, behaupten Politiker wie der niedersächsische Finanzminister Möllring als Verhandlungsführer der TdL. Selbstverständlich ist das eine politische Aussage: Die Frage, wo Geld herkommen und wofür es ausgegeben werden soll, ist eine politische Verteilungsfrage. Um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern und privaten Investoren zu neuen Anlagemöglichkeiten zu verhelfen, wurde der Mythos in die Welt gesetzt, Privatunternehmen könnten besser Arbeitsplätze schaffen und Dienstleistungen zu höherer Qualität und niedrigeren Preisen anbieten als Staat und Kommunen. Für Kapitalanleger aber muss sich das Kapital verzinsen. Sie investieren nicht in Versorgungs- oder Transportnetze, sondern kassieren für die Durchleitung von Personen, Gütern, Energie, Information etc., solange es geht. Sie erwarten Subventionen und Abschreibungen für die Übernahme bisherigen öffentlichen Produkteigentums und

Minderung oder Abschaffung der Besteuerung. Diese Enteignung der Allgemeinheit zugunsten der Klasse der Kapitalbesitzer hat die öffentlichen Haushalte geleert. Die Rechnung sollen erneut die BürgerInnen und speziell die Beschäftigten der Kommunen und der Länder tragen. Nun scheint der Punkt erreicht, an dem trotz der jahrelangen Defensivhaltung in den Gewerkschaften Kampfbereitschaft aufflackert, wie in den Urabstimmungen und den bisherigen Streikbeteiligungen zu sehen ist.

Ein weiterer Punkt, der die Gemüter erregt, ist die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen der Steigerung der Gewinne und dem, was bei den Lohnabhängigen ankommt. Letzteres ist vor allem Senkung oder allenfalls geringfügige Steigerung der Reallöhne, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Betriebsschließung – oftmals trotz einzelbetrieblich gegebener Rentabilität. In 2005 haben, volkswirtschaftlich betrachtet, die Beschäftigten 6 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr bekommen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen aber um 32 Mrd. Euro. »Wir haben tarifpolitisch unter unseren Verhältnissen gelebt«, so der DGB-Tarifexperte Bispinck. Dies ist die Untertreibung des Jahres, wenn man berücksichtigt, dass die letzte Lohntarifrunde im Öffentlichen Dienst im Februar 2003 abgeschlossen und in 2005 bis Ende 2007 verlängert wurde. Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich wird zu Recht als weiterer Lohnraub empfunden.

»Es reicht!«

Zur Mobilisierung setzt die Gewerkschaftsführung sehr stark auf die »Es reicht!«-Stimmung unter den Beschäftigten. Die

Aufrufe zur Urabstimmung (getrennt für Kommunen und Länder) stellen die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung in den Vordergrund, im Übrigen gehen sie auf die jeweiligen Besonderheiten ein. Hierbei wird auch der Appell an »gesamtgesellschaftliche Verantwortung« wieder präsentiert. Die kommunalen Beschäftigten haben demnach ein Anrecht auf die 38,5-Std.-Woche, weil sie sie in der Vergangenheit mit »Lohnzurückhaltung« bezahlt haben. Diese Argumentation dürfte der Führung auch zur Ablenkung davon gelegen kommen, dass die Entgelte bis Ende 2007 festgeschrieben wurden, um von Bund und Kommunen die Unterschrift unter die Tarifrechtsreform, d. h. den TVöD, zu bekommen.

Auf der Ebene der Länder ist die Mobilisierung für die ver.di-Führung problematischer. Sie muss, abgesehen vom Arbeitszeit-Argument, den Beschäftigten klar machen, warum sie für die Übernahme des TVöD auf Landesebene streiken sollen, obwohl er schlechter ist als die jetzt zumindest im Grundsatz dort noch geltenden BAT und MTArb. Die Forderung nach Wiederinkraftsetzung der Tarifbestimmungen zu Weihnachts- und Urlaubsgeld im Aufruf für die Urabstimmung z. B. steht dazu im Widerspruch, weil der TVöD schlechtere Regelungen zur Jahressonderzahlung enthält. So bleibt insgesamt der Appell, die Beschäftigten der Länder nicht vom neuen Tarifrecht abzuhängen.

Die Arbeitgeberposition

Die Arbeitgeber verhalten sich im Großen und Ganzen abweisend und versuchen dabei ihrerseits, die Gewerkschaft als Blockierer hinzustellen, der Arbeitsplätze gefährde. Die Kommunen drohen offen mit weiteren Privatisierungen öffentlicher Betriebe, die ver.di getrost als reine Drohung abhaken kann, da sie ohnehin gemacht werden, wenn sie ins Konzept passen. Der thüringische Ministerpräsident Althaus provozierte wohl bewusst mit seiner Bemerkung, angesichts der 40-Std.-Woche in den östlichen Ländern sei das Festhalten an der 38,5-Std.-Woche lächerlich. Er forderte gar eine Arbeitszeit von 42 Stunden pro Woche und massiven Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, sprach also offen aus, was andere nur hinter vorgehaltener Hand zu denken wagen. Dagegen gibt es diejenigen Stimmen besonders aus dem SPD-Lager, wie z. B. der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Beck, die flexible Arbeitszeitmodelle vorschlagen nach dem Muster des bereits vorliegenden Tarifvertrags der Unikliniken in Baden-Württemberg oder der während des Streiks ausgehandelten Abschlüsse in Hamburg und Niedersachsen. Diese unterschiedlichen Töne im derzeitigen Regierungslager sind zum beträchtlichen Teil durch die Landtagswahlen am 26. März (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt), andererseits durch Profilierung mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 gestimmt.

Das im Vorgespann erwähnte Schreiben des ver.di-Bundesvorstandes an die Hauptamtlichen aller Gliederungen geht hierauf mit einem Zitat aus dem Berliner »Tagesspiegel« ein, in dem selbst diese konservative Zeitung die Verhandlungsführung der Länder (Möllring) kritisiert: »Das Ziel der Öffentlichen Arbeitgeber, Geld zu sparen, und zwar auch durch längere Arbeitszeiten, ist legitim. ... Aber in welchem Umfang das passiert, mit welchen Auswirkungen auf die Öffentlichen Haushalte, aber auch auf die verschiedenen Beschäftigtengruppen und schließlich den Arbeitsmarkt ins-



gesamt – das war ... in diesem Land noch immer Gegenstand von Verhandlungen. Nach dem Willen Möllrings soll das jetzt anders werden. Der Dienstherr befiehlt, der Angestellte spurt. ... In den Berliner (Schein-) Verhandlungen wusste er die Mehrheit der Ministerpräsidenten hinter sich. Wollen die alle eine andere Republik? Ist das jetzt die Rache der Wulffs, Stoibers und Oettingers für die nicht eindeutig gewonnene Bundestagswahl?«

Hier wird ein deutlicher Kurswechsel im Umgang mit den Gewerkschaften angesprochen. Auch nach Überzeugung des ver.di-Bundesvorstandes betrifft dies vordergründig zunächst die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, prinzipiell aber alle. Hinzuzufügen ist aber: Wirklich neu ist dies nicht, sondern eine Steigerung desjenigen Verhaltens, mit dem die Länder bereits während des Prozesses der Tarifrechtsreform auf die Schwäche und Konzessionsbereitschaft von ver.di reagiert haben. Der Bundesvorstand macht sich und der ganzen Organisation etwas vor, wenn er die öffentlichen Arbeitgeber in Hardliner und andere zu differenzieren versucht. Grundsätzlich liegen diese nicht auseinander, denn auch diejenigen, die bisher verhandelt haben, berücksichtigen in ihrer Linie ihre Haushaltsinteressen und setzen Arbeitszeitverlängerung auf die Tagesordnung.

Abwehrstreik

So wird ein Streik, in dem es nicht einmal um Lohnerhöhung geht, zur Abwehrschlacht. Auch die »18 Minuten täglich« sind nicht das entscheidende Problem, so wenig wie die »Steinkühler-Pause« in der Metallindustrie. Auf dem Prüfstand steht vielmehr das Kommando über die Arbeit, hier festgemacht am Bestand des Flächentarifvertrags im Öffentlichen Dienst. Es rächt sich jetzt, dass ver.di in sozialpartnerschaftlicher »Verantwortung« die Tarifrechtsreform im Einvernehmen mit der Arbeitgeberseite durchpeitschen wollte und dabei eine offene Flanke bot für diejenigen, die die Gunst der Stunde nutzen wollen. Die entsolidarisierenden Bestimmungen zur Arbeitszeit im TVöD boten den Hebel, eine Beschäftigtengruppe nach der anderen vorzuführen: bei den Ländern, den Unikliniken, den Kommunen im Tarifgebiet West. Schwerwiegend sind auch die mitverantworteten »Reformen« in anderen Bereichen: die tätige Mithilfe bei der Privatisierung öffentlichen Eigentums, bei Sanierungstarifverträgen für Krankenhäuser, beim Beamtenrecht, bei Hartz IV mit der Einführung des Arbeitszwangs für Erwerbslose etc. Dies alles fällt der Gewerkschaft nun auf die Füße und

Gedanken eines ver.di-Mitgliedes zur Kundgebung in Hannover

Für den 9. März hatte ver.di zu einer Kundgebung – bezeichnet als zentrale Streikversammlung für Niedersachsen und Bremen – nach Hannover aufgerufen. 20 000 Kolleginnen und Kollegen waren dem Aufruf gefolgt. Trotz saumäßigem Wetter war auf dem Platz unter den streikenden ver.di-Mitglieder eine Superstimmung. Ich spürte es: Bedrückt durch die jahrelange zunehmende Belastungen war der Streik für die Kollegen etwas Befreiendes. Was hatte man nicht mit Zustimmung unserer Gewerkschaft alles hinnehmen müssen: Leistungslöhne, Niedriglohn-Gruppen, flexible Arbeitszeiten; kommunale Bereiche wurden und werden noch privatisiert, umgekrempelt und auf Effizienz getrimmt. Diese 18 Minuten sind für viele nur das letzte Glied einer Kette von Zumutungen, die uns von Regierungsseite zugemutet werden.

Unser Vorsitzender Bsirske versicherte den Streikenden im Öffentlichen Dienst: In keinem Fall wird auch nur ½ Stunde länger gearbeitet. Arbeitsplätze dürfen nicht verloren gehen. Beifall! Nachdenkliche Zustimmung erhielt Bsirske auch, als er seinen Zuhörern zurief: Wenn ihr beim Bäcker in der Schlange steht und vor euch jemand sich negativ über den Streik im Öffentlichen Dienst äußert und ihr euch wegduckt, dann ist der Streik verloren.

Bsirske sprach damit das zentrale Problem des Arbeitskampfes an: Es galt die Öffentlichkeit zu gewinnen. Besonders ein Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst ist auf diesen Rückhalt angewiesen. Sind doch die Regierungen darauf aus, die Forderungen der Beschäftigten im ÖD als Sonderinteressen, die gegen das Allgemeininteresse gerichtet sind,

zu diffamieren. Doch Bsirske ließ uns Gewerkschafter mit diesem Problem alleine, so als wollte er hinterher sagen können: Ich habe euch gewarnt. Ihr habt die Streikziele nicht in der Öffentlichkeit offensiv vertreten. Mal ein Flugblatt in der Fußgängerzone verteilen, als Streikposten einzelne Personen ansprechen, das reicht zum Gewinnen der Öffentlichkeit nicht aus. Ver.di führte den Arbeitskampf als gäbe es keine Sparpolitik der Regierungen auf Kosten der Beschäftigten, und zugunsten der Unternehmer. Ein Konzept zur Gewinnung der Öffentlichkeit konnte ich nicht erkennen! Das müsste doch auch unter den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes diskutiert werden!

Der Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung, damit auch gegen Arbeitsplatzabbau, bot in seinem Kern geradezu die Möglichkeit zum Aufbau einer breiten Front gegen die Regierungen:

Patienten wollen eine gute Pflege, kein gestresstes Personal; Eltern wollen eine gute Betreuung ihrer Kinder in den Kindertagesstätten und keine Vernachlässigung in zu großen Gruppen; auch die Einschränkungen bei den Behörden stoßen doch auf Unmut der Menschen. Die Voraussetzungen für Solidarität sind durch die eigenen Erfahrungen so vieler Beschäftigter gewachsen. Warum wurden die Mitglieder der anderen ver.di-Fachbereiche und der anderen Gewerkschaften nicht mit einbezogen? Sie sind ein Teil der betroffenen Öffentlichkeit.

Millionen Menschen sind arbeitslos, könnten also diese erforderlichen Aufgaben übernehmen. Doch um sich aktiv einschalten zu können, müssen sie sich in der Zielsetzung des Kampfes auch eingebunden sehen: Kampf um Arbeitszeitverkürzung.

kann mit diesem Streik allein selbst bei erfolgreichem Abschluss noch nicht korrigiert werden. Dieser Konflikt ist von der Gewerkschaft nur bei entschiedener Politisierung von unten lange durchzuhalten. Die neue Streiktaktik in Baden-Württemberg nach dem Abbruch der dortigen Verhandlungen lässt eine solche Wende jedoch nicht erkennen, sondern setzt auf konventionelle Nadelstich-Methoden.

Ob es ver.di gelingt, taktische Differenzen auf der Arbeitgeberseite (um unterschiedliche politische Konzepte geht es gar nicht) auszunutzen, um einen einigermaßen tragbaren Kompromiss herauszustreichen, ist die eine Frage, die sicher die Gewerkschaftsführung und große Teile des Funktionärskörpers und der Mitgliedschaft hoffnungsfroh bewegt, die an einem Grundsatzkonflikt nicht interessiert sind. Eine solche »Lösung« kann nur eine vorläufige sein, da die Umverteilungsforderungen der Unternehmer an Staat und Kommunen weiter gestellt werden, mithin die klamme Finanzlage der öffentlichen Haushalte fortbestehen wird und die Auseinandersetzungen früher oder später erneut auf der Tagesordnung stehen. Im Übrigen ist nicht sicher, welcher Flügel bei den Arbeitgebern am Ende den Ton angibt. Um den Streik zu einem Gewinn für die KollegInnen zu bringen, müssen die Forderungen über den Stand des TVöD hinauswachsen, etwa eine tabellenwirksame Lohnerhöhung, Verbesserungen bei der Jahressonderzahlung in ihrer jetzigen

Form, bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit etc. Linke KritikerInnen fordern dies auch. Für die Gewerkschaftsführung aber wäre dies der ganz große Konflikt, »wie ihn die Republik noch nicht gesehen hat« (Bsirske, 4. April 2004), den sie ungeachtet ihrer Rhetorik auf jeden Fall vermeiden will. In diesem Sinne wäre auch die Basis gegenwärtig nicht genügend kampfbereit. Sie kann es aber auch nicht werden, wenn es ihr nicht abverlangt wird.

Bisheriger Streikverlauf

Inzwischen hat ver.di den Streik auf insgesamt 11 Bundesländer ausgeweitet. Hessen gehört nicht dazu. Die formalen Gründe hierzu sind zweierlei: Das Land gehört nicht zur TdL, ist also kein Streik-Gegner auf dieser Ebene, und im kommunalen Bereich ist die Arbeitszeitregelung, um die es geht, nicht gekündigt. Deshalb besteht in Hessen Friedenspflicht. Allerdings hat es inzwischen landesweit Warnstreiks gegeben.

Ansonsten geht der Streik um die Arbeitszeit gegen die 14 Länder, die der TdL noch angehören, und diejenigen kommunalen Arbeitgeberverbände, die die Arbeitszeitregelung gekündigt haben und von denen Baden-Württemberg nun übrig geblieben ist. Niedersachsen und die Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg sind inzwischen mit einem Abschluss ausgeschieden. Beteiligt waren/sind auf kommu-

nalere Ebene vor allem die Müllabfuhr, die Entwässerung, die Stadtreinigung, Kindertagesstätten, Sparkassen, Straßenmeistereien, Kommunalverwaltungen und Flughäfen. Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Kampfkraft liegt bei den Kommunen, da diesen mit der Weigerung, den Müll abzufahren, Probleme bereitet werden können. Hier zeigen sich aber auch die Schwächen.

Anders als bei früheren Streiks der ÖTV kann ver.di nicht mehr auf die geballte Macht der Müllwerker und der Busfahrer bauen. Hier greift nämlich die Privatisierung. Viele Städte haben die Entsorgung und den Nahverkehr ganz oder teilweise fremdvergeben, und solange diese Strategie nicht gestoppt wird, wird der Flächentarifvertrag TVöD noch weiter zersäern, bevor er überhaupt einheitlich durchgesetzt ist. Der Einsatz von privaten Müllentsorgungsfirmen, z. B. in Stuttgart, hat zudem deutlich gemacht, dass sich die Arbeitgeber hier ein Streikbrecherpotenzial herangezogen haben, auch wenn das Resultat dort noch nicht ihren Erwartungen entsprach, weil ver.di die dem nicht streikbeteiligten Energiekonzern E.on gehörende Müllverbrennungsanlage blockieren konnte. Ein Eilantrag der Stadt Stuttgart gegen die Blockade wurde vom Gericht abgewiesen.

Besonders deutlich wurden die Härte der kommunalen Arbeitgeber einerseits, die politischen Versäumnisse der Gewerkschaft andererseits in Osnabrück: Dort setzte die Stadtverwaltung 1-Euro-JobberInnen als Streikbrecher ein, die den Müll abfahren mussten. Polizei prügelte ihnen den Weg zur kommunalen Abfallsammelstelle frei und bedrohte Streikende mit »Schutzhaft«. Vor dem Hintergrund der Diskussionen, zur »Sicherheit« bei der Fußballweltmeisterschaft Bundeswehr einzusetzen, fragten sich Gewerkschaftsmitglieder, ob damit auch bei einem Streik mal zu rechnen wäre. Die 1-Euro-JobberInnen wurden mit unzureichender Schutzkleidung und ohne Information über die gesundheitlichen Gefahren der Müllentsorgung in den Streikbruch geschickt. Ihr Einsatz widersprach dem Wortlaut des § 16 (3) SGB II, wonach 1-Euro-Jobs nur unter der Bedingung der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses eingerichtet werden dürfen, was voraussetzt, dass die entsprechende Arbeit mindestens zwei Jahre nicht erledigt werden konnte. Zur Erinnerung: Ver.di hat die Einführung der Hartz-Gesetze mitgetragen und wird nun von den Folgen eingeholt.

Stimmungslage

In der Bevölkerung besteht Verständnis, weil die Menschen das Gefühl haben, dass vieles schlecht läuft und deshalb Gegenwehr einmal notwendig ist. Doch diese Stimmung wird allmählich schlechter, zumindest den offiziellen Umfragen nach. Weiter hat ver.di das Dauerproblem von Streiks im Öffentlichen Dienst, dass sie die Bevölkerung, die sie eigentlich gewinnen will, unmittelbar trifft, bevor die ParteipolitikerInnen in den Rathäusern nervös werden. Besonders sensibel sind die Bereiche Kindergärten und Krankenhäuser. Hier muss einer negativen Stimmung politisch gegengesteuert werden.

Zeitweilig signalisierte Kompromissbereitschaft hat sich bei TdL und VKA jeweils schnell verflüchtigt. Von vornherein zielten die Arbeitgeber auf deutliche Arbeitszeitverlängerung plus -flexibilisierung. Ver.di versucht deshalb bei der Flexibilisierung anzusetzen und diese »sozialverträglich«



KITA-Beschäftigte in Bremen: Sie hatten die Unterstützung ihrer Elternschaft.

auszugestalten – ein in der Vergangenheit häufig angewandter Trick, dessen Nutzen für die Gewerkschaftsführung vor allem darin liegt, den Konflikt unter Gesichtswahrung zu beenden. Für die Beschäftigten dagegen ist genau dies das Problem: Die Abschlüsse werden immer komplizierter, undurchsichtiger und vor allem differenzierter, sodass die Arbeitsbedingungen weiter auseinander klaffen und die Tariflandschaft zersäert. Darunter leiden dann die Kampfbedingungen und die Streikstrategie.

Zu befürchten ist nach Lage der Dinge, dass am Ende die Gewerkschaftsführung einem »Kompromiss« zustimmen wird, wie er etwa im Hamburger Abschluss angelegt ist und damit schlechter als der Status quo erscheint. Damit wird dann auch die 38,5-Std.-Woche, wie sie im TVöD formal steht, erledigt sein. Viele der Streikenden haben einen großen Erwartungshorizont aufgebaut, Opfer hingenommen, sich engagiert und werden entsprechend enttäuscht sein. Diese Enttäuschung kann nur produktiv sein, wenn sie zu einer Diskussion über einen gewerkschaftlichen Neuanfang führt.

Sonderinteressen: Marburger Bund

Inzwischen nahm der Marburger Bund (MB) seine Ende letzten Jahres aus juristischen Gründen unterbrochenen Aktionen für einen eigenen Tarifvertrag für die an Unikliniken angestellten Ärzte/innen wieder auf. Der MB ist eine kleine gewerkschaftliche Standesorganisation. Ver.di vertritt an den Unikliniken faktisch das Pflegepersonal. Mit einem gleichzeitigen Streik von ver.di und MB könnten diese Aktionen miteinander verbunden werden. Bisher sieht es nicht danach aus, weil sich der MB kurz vor Abschluss des TVöD aus der Tarifgemeinschaft mit ver.di verabschiedet hat wegen der zu geringen Berücksichtigung der Interessen der Klinikärzte. Die Darstellung dieser Zusammenhänge und die Erörterung der Problematik solcher Klientelpolitik können in diesem Artikel nicht geleistet werden. Forderungen der KlinikärztInnen sind angesichts ihrer Arbeitsbedingungen völlig berechtigt, abzulehnen ist aber die Gleichgültigkeit des MB gegenüber dem Pflegepersonal.

Nichts kennzeichnet die verfahrenere Situation, in der sich ver.di mittlerweile mit diesem Streik befindet, besser als das Querschießen des MB und der offene Streit zwischen dem gewerkschaftlichen David und dem vermeintlichen Goliath ver.di um die jeweilige Strategie. ver.di kritisiert (!) die

»überzogenen« Gehaltsforderungen der Klinikärzte, weil sie fürchtet, dass diese wegen der Deckelung der Krankenhausbudgets auf Kosten der Pflegekräfte gehen könnten. Der gemeinsame Gegner gerät völlig aus dem Blick, man streitet sich buchstäblich um die Brosamen vom Tisch des Herrn. Genüsslich zieht MB-Chef Montgomery über den vermeintlichen Konkurrenten her: »*Der liebe Frank* (Bsirske, d. Red.) *kämpft ums Überleben einer absterbenden Gewerkschaft.*«

Das absurde Resultat des seinerzeitigen ver.di-Gründungsprozesses, aus dem die -zwischenzeitlich- größte Einzelgewerkschaft der »freien« Welt hervorging, scheint der durchschlagende Erfolg der Sonderinteressen zu werden: Auflösung des Flächentarifvertrags, Häuserkämpfe, Notlagentarifverträge, Elitenvertretungen, Ausgrenzung des großen Restes in Richtung Hartz IV.

Bisherige Abschlüsse

Schon vor Beginn des Streiks lag ein Tarifvertrag vor, der als mögliches Modell angesehen wurde, da in ihm die Arbeitszeitflexibilisierung nach Lebensalter eingeführt worden ist. Es handelt sich um den Abschluss mit den vier Universitätskliniken in Baden-Württemberg. Bereits 2004 hatte das Land diese ausgegliedert und sie zum Austritt aus der TdL veranlasst – ein Schritt, der auch in anderen Ländern, z. B. Nordrhein-Westfalen, nachvollzogen wurde. Entgegen der üblichen Meinung, dass Pflegepersonal nicht sehr streikfähig ist, gelang es nach einem zehntägigen Streik im Oktober, die Arbeitgeber zu Zugeständnissen zu zwingen, verglichen mit deren ursprünglichen Forderungen nach 40-Std.-Woche, Abschaffung des Urlaubs- und Absenkung des Weihnachtsgeldes. Im Kern aber gab ver.di die 38,5-Std.-Woche auf. Um dennoch einen vorzeigbaren Kompromiss zu erzielen, wurde die Arbeitszeit nach Lebensalter flexibilisiert: Beschäftigte unter 40 Jahren arbeiten 39 Stunden, zwischen 40 und 55 Jahren 38,5 Stunden und über 55 Jahren 38 Stunden. Außerdem enthält der Tarifvertrag leichte Verbesserungen gegenüber dem TVöD in der Bezahlung, die z. T. auch tabellenwirksam sind. Dem Verzicht steht als relativer Erfolg gegenüber, dass die seit Mai 2004 mit 41-Std.-Woche vorgenommenen Neueinstellungen auf diese Arbeitszeiten umgestellt wurden.

Entgegen der sofort von allen Seiten abgegebenen Erklärungen, dies sei kein Modell, ist genau hier -in der belastungsabhängigen Flexibilisierung- die neue Marschroute von ver.di absehbar. DGB-Gewerkschaften, jedenfalls deren Führung und die Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder, treibt vor allem eins: ihre Interessenvertretung so zu organisieren, dass den Arbeitgebern kein Schaden erwächst, sondern ein im angeblichen Gesamtinteresse stehender Kompromiss herauskommt. Theoretisch geht es um die Verteilung von Produktivitätszuwächsen. Sind aber keine da oder sind sie politisch mit dem Tabu belegt, dass auf die Förderung des Unternehmensstandorts bzw. die Kassenlage von Staat und Kommunen Rücksicht genommen werden muss, dann geht es faktisch um die »gerechte« Verteilung der Lasten innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen. Ist der Verteilungsmodus nach Kriterien der »Sozialverträglichkeit« einigermaßen logisch gestaltet, spricht die Gewerkschaftsführung von einem Erfolg oder allenfalls von einem unvermeidlichen Kompromiss, bei dem sie noch das Beste rausgeholt hat. Sie spricht nicht darüber, dass diese auf Konfliktvermeidung angelegte Verhandlungsstrategie und ihre

Abschlüsse zu Entsolidarisierung in den Belegschaften führen.

Nach diesem Muster absehbar, einigte sich ver.di in Hamburg mit der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH; vertritt dort die Stelle des KAV, ist aber von der Struktur her nicht mit einem KAV identisch, bspw. gehören Kindertagesstätten und ein großer Teil der Krankenhäuser nicht zur AVH). Die Arbeitszeitflexibilisierung nach sozialen Merkmalen der Beschäftigten wurde hier noch weiter getrieben durch Aufnahme zusätzlicher Kriterien nach folgender Tabelle, bezogen auf die Entgeltgruppen im TVöD:

Im Durchschnitt, so ver.di Hamburg, werde die 38,5-Std.-Woche für die unteren und mittleren Entgeltgruppen auf diese Weise gesichert, bei der Stadtreinigung gelte dies sogar für 92%. In den in der AVH vertretenen Betrieben und Einrichtungen mit insgesamt etwa 20000 Beschäftigten gehören ver.di zufolge 60 bis 94% den Entgeltgruppen 1 bis 9 an. In der Presseerklärung zu diesem Tarifabschluss vom 1. März 2006 wird allerdings zugegeben, dass »gleichzeitig eine erhebliche Unzufriedenheit mit den unterschiedlichen Arbeitszeiten erkennbar ist«. Die Urabstimmung in den betroffenen Betrieben ergab eine Zustimmungquote von 42%, also ganz offensichtlich keine Mehrheit. Laut Arbeitskampfrichtlinie von ver.di reicht aber ein Quorum von 25% zur Annahme aus, weil eine Weiterführung des Streiks dann nicht als Erfolg versprechend gilt. Für die politische Aufarbeitung dieses Tarifabschlusses ist die formale Berufung auf die Satzung natürlich völlig ungeeignet.

Mit Niedersachsen wurde ein ähnlicher Abschluss erzielt, dessen Resultat laut ver.di ebenfalls »weit unter der von den öffentlichen Arbeitgebern geforderten 40-Stunden-Woche liege und einen weiteren Stellenabbau in den Kommunen verhindere«. Danach war es aber vorbei mit zweifelhaften Erfolgsmeldungen dieser Art: Überraschend konnte in Baden-Württemberg auch mit Schlichtungsspruch keine Einigung erzielt werden. Umgehend verkündete ver.di eine Änderung der Streiktaktik (»Knöllchenboykott«), mit der sie hofft, die Streikkasse zu schonen und die öffentliche Meinung zu gewinnen.

Die Lage an der Streikfront sieht so aus: Als einziger kommunaler Arbeitgeberverband steht derzeit KAV Baden-Württemberg im Streik, andere, z. B. Hessen nach den Kommunalwahlen am 26. März, könnten folgen. Im »Ländle« setzt ver.di immer noch auf einen Erfolg, richtet sich aber auch auf einen tariflosen Zustand mit den dortigen kommunalen Arbeitgebern in der Frage der Arbeitszeit ein, den sie durch Verteidigung der 38,5-Stunden-Woche in den Einzelarbeitsverträgen möglichst teuer zu machen versucht.

Diese Lage besteht weiterhin bei den Ländern. Auch bei diesen gilt die 38,5-Stunden-Woche seit deren Kündigung nur noch in Nachwirkung für die Altbeschäftigten. Die Länder verkünden, dass sie diesen Zustand im Griff haben: Besonders Niedersachsen und Bayern behaupten, sie hätten bereits durch Verfahren nach »Zuckerbrot und Peitsche« 20% bzw. 30% der Altverträge auf die für ihre Beamten schon geltende neue Arbeitszeit umgestellt. Der Streik ist nun in der Phase der »Hängepartie«. Ob es einen neuen Aufschwung geben kann, wie die noch ausstehenden Ergebnisse aussehen können, ob es überhaupt welche gibt und was das alles für den Bestand des Flächentarifvertrags (TVöD) und die Konfliktfähigkeit von ver.di bedeutet, ist derzeit offen.

25.3.2006 ■

Sturm im Wasserglas

Mit knapper Mehrheit hat die Mitgliederbefragung bei der Berliner WASG eine Zustimmung zur eigenständigen Kandidatur gegenüber der Linkspartei.PDS, dem kleinen Koalitionspartner im Berliner Senat, ergeben. Damit folgten die Mitglieder der Empfehlung des Parteitages und des Vorstandes der WASG in der Hauptstadt. Etwa zwei Drittel der Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt. Es gab 10 Enthaltungen, 64 ungültige Stimmen, 245 Mitglieder votierten gegen und 272 für eine eigenständige Kandidatur.

Die Mitgliedschaft in der Berliner WASG ist sehr heterogen. Neben einzelnen, aus der SPD kommenden Gewerkschaftern und enttäuschten ehemaligen PDS-Mitgliedern sammelten sich hier die Vertreter aus verschiedenen Organisationen der Westlinken (u.a. von Linksruck und der SAV). Vertreten sind auch eine Reihe ehemals politisch Aktiver (zum Teil aus der SEW), die sich 1990 zurückzogen sowie Menschen, die sich erstmals parteipolitisch betätigen. Die politische Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen und nicht gemeinsame Erfahrungen in sozialen oder außerparlamentarischen Aktivitäten prägen die Mitgliedsstruktur der WASG.

Innerhalb der Linkspartei.PDS und der WASG führt der Beschluss zur eigenständigen Kandidatur zu heftigen Kontroversen, droht zu einer Zerreißprobe zu werden. Führende Politiker der Bundestagsfraktion, u.a. Oskar Lafontaine, haben angekündigt, bei den im September stattfindenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus für die Linkspartei.PDS zu werben. Eine Finanzierung des WASG-Wahlkampfes durch deren Bundespartei wird es wohl nicht geben.

Auch bei zahlreichen Kritikern der Berliner PDS-Politik stößt das Vorgehen des WASG-Landesverbandes auf Kritik und Ablehnung. So gab es noch kurz vor dem entscheidenden Parteitag der WASG einen »Aufruf Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für einen gemeinsamen Antritt der Linken zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses«.

Die Senatspolitik der Berliner PDS im neoliberalen Fahrwasser

Die Kritik an der PDS und ihrem Verhalten im Senat brauchen wir unseren LeserInnen nicht in allen Einzelheiten darzulegen. Wir haben in den letzten Jahren in unserer Zeitung dazu mehrfach Stellung genommen. Die entscheidenden Kritikpunkte werden innerhalb der Berliner Linken bis in weite Kreise aktiver GewerkschafterInnen ähnlich gesehen. Bei der Verwaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse unterscheiden sich die PDS-Senatoren nur unwesentlich von den Vertretern der neoliberalen Parteienallianz von Union, FDP und SPD.

Tatsächlich haben über die Wahlerfolge der PDS im Osten zahlreiche ihrer Mitglieder den Karriereweg über den Einzug in die bürgerlichen Parlamente angetreten. Ihre politischen Überzeugungen reduzieren sich bei der Mehrzahl mittlerweile auf die verbissene (Selbst-)Rechtfertigung ihres praktischen Handelns im Interesse des »Gemeinwohls«. Dieses »Gemeinwohl« wird bestimmt von den »Sach- und Sparzwängen« bei der Verwaltung der kapitalistischen Ordnung

auf kommunaler und auf Landesebene. Die Kapitalinteressen schaffen die Sparzwänge, zwingen zur Privatisierung öffentlichen Besitzes und zur Reduzierung sozialer Leistungen. Wenn überhaupt, lassen sie höchstens kosmetische Korrekturen zu. Mit diesem Handeln im vermeintlichen Gemeinwohl, stehen PDS-Parlamentarier nicht grundsätzlich im Widerspruch zu den Erfahrungen und Erwartungen eines Großteils ihrer Wählerschaft. Diese Erfahrungen sind historisch geprägt - die SED als Regierungspartei - aber auch geprägt durch die soziale Zusammensetzung der PDS, die eben keine Partei der Arbeiterklasse ist, sondern eine Partei von Mittelständlern, von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und von Rentnern. Dieses ist bei der Kritik der PDS zu beachten, es handelt sich nicht lediglich um einen bewussten Betrug der Wähler.

Diese Schicht von karriereorientierten Partei- und Parlamentsfunktionären kann die praktische Politik der PDS in den Regierungskoalitionen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern aber auch in vielen Kommunalparlamenten bestimmen. Das jüngste Beispiel ist Dresden. Dort wurde mit Hilfe von neun der 17 PDS-Stadtverordneten der gesamte städtische Wohnungsbestand an einen Investmentfond verschachert. Manche PDS-Stadtverordneten hätten mittlerweile ein besseres Verhältnis zum Rotlichtmilieu als zu den eigenen Parteimitgliedern, so kommentiert ein »Parteifreund« in der »Jungen Welt« vom 11. März 2006 das Verhalten der PDS-Parlamentarier in Dresden. Auch programmatisch haben diese Parlamentarier die PDS in den vergangenen Jahren immer weiter nach rechts gedrängt.

Die WASG: ein Produkt des sozialdemokratischen Vakuums

Die »PDS-Realpolitiker« geraten damit zunächst in Widerspruch zur Mehrheit in der WASG, die sich in den westlichen Bundesländern aus Enttäuschung und Empörung über die neoliberale Regierungstätigkeit der SPD herausgebildet hat. Diese Differenzen sind taktischer, nicht prinzipieller oder programmatischer Natur. Denn die überwiegende Mehrheit in der WASG lehnt eine Regierungsbeteiligung nicht grundsätzlich oder aus sozialistischer Überzeugung ab. Die programmatischen Vorstellungen in der WASG verbleiben auf einer linkssozialdemokratischen Ebene. Dem Klassenkampf von oben soll mit Hilfe einer sozial gerechten Steuer- und Sozialpolitik begegnet werden, um den sozialen Abbau zu stoppen und umzukehren. Das aber bedingt die Erringung parlamentarischer Mehrheiten und deren Umsetzung in Regierungshandeln.

Auch die WASG spiegelt den gesellschaftliche Zustand und das entsprechende Bewusstsein unter den arbeitenden Menschen (vor allem im Westen) wieder. Es ist geprägt von Unzufriedenheit und zugleich von Lähmung und Angst. Die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken an der Wand und haben durch die Regierungstätigkeit der SPD ihren parlamentarischen und politischen Einfluss weitgehend verloren. Das entstandene Vakuum versucht die WASG zu füllen. Mit ihren politischen und programmatischen Aussagen verleiht sie dem Bewusstsein in der arbeitenden Bevölkerung Ausdruck. Insbesondere Lafontaine versteht es, daran anzuknüpfen.



Oskar Lafontaine auf der Streikversammlung der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaft von Orenstein & Koppel in Berlin. Mit seiner Stellungnahme gegen Privatisierungen übt er mehr Druck auf die PDS-Senatoren aus, als es die WASG mit einer eigenständigen Kandidatur vermag.

fen. Den unglaublich gewordenen Politikern als auch den Unternehmern hält er die Vorzüge sozialdemokratischer und sozialpartnerschaftlicher Tugenden entgegen, aus denen er die Forderungen nach einer gerechteren Besteuerung der Vermögenden, nach einem Aus- und nicht Abbau des Sozialstaates, nach einem Mindestlohn etc. ableitet.

Die überwiegende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen sehnt sich nach den alten Zeiten der Sozialpartnerschaft zurück. Damit Klassenbewusstsein und sozialistische Überzeugungen unter ihnen an Bedeutung gewinnen, bedarf es der konkreten Erfahrung in sozialen und politischen Auseinandersetzungen. Davon sind wir noch weit entfernt, wir stehen erst am Anfang einer solchen Entwicklung. Mit dem Fehlen eines breiteren außerparlamentarischen und betrieblichen Widerstandes aber fehlt auch ein Korrektiv, das der Verselbständigung der parlamentarischen Arbeit und ihrer Träger entgegenwirken könnte. Wenn beispielsweise die Belegschaften großer Konzerne noch nicht einmal gewillt oder in der Lage sind, die von ihnen gewählten Betriebsräte unter Druck zu setzen und zu kontrollieren, wie soll das auf der parlamentarischen Ebene möglich sein?

Mit dem Stimmzettel gegen die Senatspolitik

Das sich die Mehrheit der Berliner WASG-Mitglieder für eine eigenständige Kandidatur entschieden hat, ist nachvollziehbar. Welcher »aufrechte Linke« möchte schon mit dem Stimmzettel der PDS-Politik im Senat seinen Segen geben? Die Beteiligung oder Stimmgabe bei Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten kann von einem marxistischen Standpunkt allerdings nicht zum entscheidenden Kriterium werden. Das ist eine untergeordnete, taktische Frage. Uns interessiert die längerfristige politische Perspektive im Klassenkampf und für die Sache des Sozialismus. Und hier liegt der »Pferdefuß« im Streit zwischen WASG und Linkspartei.PDS. Der Glaube, man könne momentan auf der partei- und wahlpolitischen Ebene der Senatspolitik der PDS erfolgreich entgegenzutreten, droht in politischer Bedeutungslosigkeit zu enden und wird das Gegenteil des Gewollten hervorrufen.

Was hat die WASG mit einer eigenständigen Kandidatur ihren potentiellen Wählern denn zu bieten? An eine Änderung der Senatspolitik durch den Einzug einiger ihrer Parlamentarier kann doch nicht einmal die WASG selbst ernsthaft glauben. Der Austausch des SPD/PDS-Senats durch eine große oder sonstige Koalition wird auch zu keiner Veränderung der Abbau- und Sparmaßnahmen führen. Und welche

Perspektive hat eine eigenständige Berliner WASG mit einer möglichen Parlamentsfraktion, wenn sie doch in spätestens anderthalb Jahren nach den Äußerungen aller Kontrahenten in der Gründung der gemeinsamen Partei auf Bundesebene aufgehen soll? Unter den abhängig Beschäftigten, die sich von der SPD lösen, sieht die übergroße Mehrheit in einer gemeinsamen Linkspartei ihre (wahl)politische Alternative. Ein darüber hinausweisendes politisches Verständnis existiert in der Breite noch nicht. Diese Tatsache, d.h. die Stimmungslage in den Belegschaften, hat u.a. zu dem Aufruf der GewerkschafterInnen für eine gemeinsame Kandidatur geführt. »Dennoch - und dies bei einigen von uns mit großen Vorbehalten: ... Wir wollen eine starke und vereinte Linke auch in Berlin. Wir sind der Überzeugung, dass dies bessere Bedingungen schafft, gewerkschaftliche Positionen politisch zur Geltung zu bringen. Eine Spaltung würde uns schwächen und politisch zurückwerfen und bundesweit bereits Erreichten in Frage stellen. Das können wir auch unseren Kolleginnen und Kollegen nicht erklären.«

Die Chancen für die WASG bei den Wahlen im September ins Abgeordnetenhaus einzuziehen, schätzen wir deshalb auch als äußerst gering ein. Die WASG Berlin hat sich allerdings bei ihrer Auseinandersetzung mit der Senatspolitik von einem Votum der Wähler abhängig gemacht. Sollten sie ihr angestrebtes Wahlziel (5 Prozent plus X) verfehlen, so stehen sie ohne »Truppen« da. Die Gegenseite wird dies als ihren Erfolg verbuchen. Dabei kann die Führung der Berliner Linkspartei.PDS im Wahlkampf sowie im Streit mit der WASG-Mehrheit auf ihren Parteiapparat sowie auf eine erheblich größere Mitgliederzahl bauen. Sie erhält zudem Unterstützung aus der WASG-Bundesführung. Über ein außerparlamentarisches Standbein wird die WASG, sollte sie die 5-Prozent-Hürde nehmen, nicht verfügen. Zusammengehalten wird sie von der Ablehnung der PDS-Politik im Senat, eine gemeinsame politische Grundlage darüber hinaus ist unter den verschiedenen Strömungen innerhalb der Berliner WASG-Mehrheit nicht auszumachen.

Um der Senatspolitik – und damit auch der Linkspartei.PDS – in Berlin wirksam entgegenzutreten, bedarf es des außerparlamentarischen und betrieblichen Widerstandes. Die Opfer bzw. Betroffenen der Senatspolitik müssen sich selber einmischen. Für uns bleibt die Unterstützung auch kleiner Ansätze in diese Richtung – über die Grenzen parteipolitischer Zugehörigkeit und persönlicher Überzeugungen hinaus – die wichtigste praktische Aufgabe. Die Diskussionen über die dabei gemachten Erfahrungen tragen mehr zur Herausbildung von politischem Bewusstsein bei, als die Debatten auf der wahl- und parteipolitischen Ebene. Die werden, so ist zu befürchten, von den Befürwortern der Senatskoalition in der Linkspartei.PDS benutzt, um sich der Kritiker ihrer Regierungsbeteiligung zu entledigen. Dabei will sie auch zu disziplinarischen Mitteln greifen und hofft Kräfte aus dem WASG-Bundesvorstand dafür einspannen zu können. Das ist Ausdruck ihrer inhaltlichen Schwäche. Bereits im Vorfeld der Entscheidung über den Wahlantritt der WASG ist die Führung der Berliner Linkspartei.PDS der Diskussion mit ihren Kritikern ausgewichen. Inzwischen formieren sich innerhalb der WASG mittels einer Unterschriftensammlung die Kräfte, die sich gegen eine bürokratische und disziplinarische Lösung politischer Widersprüche wenden.

23.3.2006 ■

Zur Neuauflage der »Bolkestein-Richtlinie«

Die nach ihrem Erfinder, dem früheren niederländischen EU-Kommissar Bolkestein, immer noch griffig so bezeichnete allgemeine Dienstleistungsrichtlinie der EU-Kommission war im letzten Jahr unter vielfältigen Druck geraten, der in der Ablehnung der Europa-Verfassung durch die französische und niederländische Bevölkerung einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Auch eine große, bunte Demonstration der europäischen Gewerkschaften am 19. März 2005 in Brüssel hatte ihren Teil dazu beigetragen. Am Ende zogen Ministerrat und Kommission ihren Richtlinienentwurf erst einmal aus dem Verkehr. Aber gegen Jahresende 2005 war die Bolkestein-Richtlinie wieder da und wurde in einer kaum veränderten Fassung vom Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments dem Plenum zur Verabschiedung vorgelegt. Doch auch die Proteste kehrten wieder.

Vor allem waren es Attac und die Gewerkschaften, die erneut mobilisierten. Zum Bedauern vieler sprachen sie sich nicht ab. Als klar wurde, dass in der zweiten vollen Februarwoche das EU-Parlament in erster Lesung den aktuellen Stand des Richtlinienentwurfs beraten würde, beschloss Attac am 11. Februar, einem Samstag, in Straßburg eine Demonstration durchzuführen. Die Gewerkschaften schlossen sich anfänglich an, orientierten dann jedoch auf Drängen der französischen CGT auf den Dienstag, den ursprünglich angesetzten Termin der Parlamentsberatung (tatsächlich wurde er später auf den 16.2. verschoben). Dies erschien auch deswegen problematisch, weil an einem Werktag die Erwerbstätigen erheblich schwieriger zu mobilisieren sind. Am Ende bestimmte die DGB-Führung, dass die nordöstlich einer Linie etwa bei Kassel gelegenen Regionen zwar am 11.2. fahren sollten, aber nicht an den Sitz des EU-Parlaments, sondern nach Berlin, und die süddeutschen erst am 14.2. nach Straßburg. Nur für diese Routen wurden aus dem DGB-Solidaritätsfonds Gelder für Busse bereitgestellt.

Die Beteiligung an beiden Tagen blieb erheblich hinter den Anti-Hartz-Demonstrationen am 4. April 2004 zurück, war aber insgesamt doch größer, als von vielen erwartet. Nach Presseberichten waren 15000 Menschen am 11.2. in Straßburg (Attac), 40.000 in Berlin (DGB); am 14.2. noch einmal mehr als 30.000 in Straßburg. Bemerkenswert ist, dass auch ein zuvor in der Presse in letzter Minute verbreiteter angeblicher Kompromiss zum Richtlinienentwurf zwischen den Parlamentsfraktionen der Konservativen und der Sozialdemokraten nichts an dieser Entschlossenheit änderte. Auch wenn damit noch keine Massenmobilisierung ausbricht, so zeigt sich doch wohl eine Stimmungsänderung im Lande, die damit zu tun hat, dass die Menschen die Zumutungen leid sind. Man konnte es feststellen bei den Urabstimmungen über den Streik im Öffentlichen Dienst, der in den streikbereiten Betrieben 95 % Zustimmung fand, bei den betrieblichen Abwehrkämpfen bei AEG Nürnberg, Alstom Mannheim, Gate Gourmet Düsseldorf und bei dem Kurs der IG Metall auf eine deutliche Lohnerhöhung in der bevorstehenden Tarifrunde. Im internationalen Rahmen bot der hartnäckige Abwehrkampf der Hafentarbeiter gegen die EU-Richtlinie »Port Package II« ein Beispiel, wie der Konflikt geführt werden muss. Schon zum zweiten Mal ist eben diese Hafen-Richtlinie im EU-Parlament gekippt worden.

Nach der ersten europäischen Bolkestein-Demonstration vom 19. März 2005 zeigt sich nun zum zweiten Mal, dass solche europaweiten Manifestationen, so bunt sie sind, keine unmittelbar nachprüfbar Wirkung entfalten, aber dennoch für die Stimmung und ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl wichtig sind: Wir sind nicht nur »EuropäerInnen«, sondern europäische Lohnabhängige, die in einem gemeinsamen Abwehrkampf gegen Zumutungen des europaweit agierenden Kapitals stehen. Dies mag abstrakt erscheinen, besonders im Vergleich zu den Aktionen der Hafentarbeiter, die als homogene Berufsgruppe sehr viel konkreter wussten, was auf sie zukommt, und sich nachdrücklich nach international abgestimmten Plänen wehrten. Doch die Bolkestein-Demonstration ist auch trotz der noch völlig unzureichenden Strukturen auf europäisch-gewerkschaftlicher Ebene die richtige Antwort nach den gegebenen Möglichkeiten. Die konkrete Umsetzung muss dann auch national erfolgen, etwa im gegenwärtigen Streik im Öffentlichen Dienst und in den betrieblichen Abwehrkämpfen. Auf deutscher Seite dominierten die roten Fahnen der IG Metall, die weiß-roten von ver.di, aber auch IG BAU und IG BCE waren stark vertreten.

Bedeutung der Bolkestein-Richtlinie

Eine EU-Richtlinie wird in der Regel von der Kommission nach Vorgaben der nationalen Regierungen ausgearbeitet und durch übereinstimmenden Beschluss des Parlaments und des Ministerrats in Kraft gesetzt. Sie bindet formaljuristisch die Mitgliedstaaten der EU, muss aber durch Gesetzgebung in nationales Recht umgesetzt werden. Gibt es dabei in einzelnen Staaten Verzögerungen, kann die Kommission zwar die Regierungen nicht direkt anweisen, hat aber das Recht, sie vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen. So gibt es also eine Unmenge von europäischen Richtlinien, aber nur einige erreichen so viel Aufmerksamkeit und politische Brisanz wie die Bolkestein-Richtlinie.

Inhaltlich geht es bei der Bolkestein-Richtlinie zunächst um die Aufhebung »bürokratischer Hemmnisse« für grenzüberschreitend tätige Unternehmen (die Presse bringt gern das Beispiel von Handwerkern, die in Belgien ihr Werkzeug nur in dort zugelassenen Autos befördern dürfen). Davon ausgehend werden jedoch zugleich arbeits- und sozialrechtliche Standards, Qualitätsnormen, Umweltschutzbestimmungen etc. angegriffen, weil diese nun mal den Interessen der Unternehmen angepasst werden sollen. Im Zentrum des Vorhabens steht das Herkunftslandprinzip; dieses besagt, grob zusammengefasst, dass bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen das Unternehmen nicht die Bestimmungen des Ziellandes beachten muss, sondern die des Landes, in dem es seinen Hauptsitz hat. Damit würde der Startschuss für eine Billigkonkurrenz gegeben, in dem die Unternehmen sich mit den schlechtesten Standards gegenseitig unterbieten würden. Dass das so rabiat ohne Gefährdung des »sozialen Friedens« in der EU nicht realisierbar wäre, ging schon den Machern des ersten Entwurfs auf – deshalb sahen sie eine Reihe von Ausnahmen von dieser brutalen Regelung vor:

1. solche Dienstleistungen, die schon in anderen Richtlinien geregelt sind (wie etwa Verkehr, Post, Energieversorgung),
2. Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge (z. B. Gesundheitswesen) und rechtliche Fragen (Entsende-Richtlinie).



Insgesamt wäre dies nichts Neues gewesen, da es auf nationalstaatlicher Ebene und international bereits eine Unmenge von Instrumenten zur Deregulierung von arbeits- und sozialrechtlichen Standards gibt, die bekanntlich auch angewandt werden und für steigende Arbeitshetze einerseits, Verarmungsprozesse durch Reallohnsenkungen und Massenarbeitslosigkeit andererseits verantwortlich sind. Die geplante Dienstleistungsrichtlinie würde aber dem nicht nur ein weiteres Folterwerkzeug hinzufügen, sondern vor allem mit einem Schlag eine Systematisierung und Verbindlichkeit für alle EU-Mitgliedstaaten herbeiführen. Gegen diese Verstärkung und angestrebte Unumkehrbarkeit der bisherigen Umverteilungsprozesse wendet sich der Protest.

Chronologie der Bolkestein-Richtlinie

Im Januar 2004 wurde das Machwerk erstmals durch die Kommission der Öffentlichkeit vorgelegt. Die ersten kritischen Einwände wurden schon im Frühjahr/Sommer 2004 laut, vor allem von Gewerkschaften, Attac und sozialen Bewegungen. Allerdings wurde schon damals in einer Stellungnahme des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ein Muster deutlich, das die gewerkschaftliche Argumentation im Sinne sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit auch in dieser Frage durchzieht: Grundsätzlich wird die Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs bejaht, nur bestimmte »Auswüchse« sollen eben beschnitten werden. Dies griff dann vor allem die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) der BRD auf, indem sie einen Katalog von Ausnahmebereichen veröffentlichte und eine mit der Unternehmerlobby gleichberechtigte Beteiligung der Gewerkschaften einforderte. Blauäugig mahnten die Gewerkschaften, es dürfe keine »negativen Auswirkungen« auf Arbeits- und Sozialrecht, Verbraucherschutz und Qualität der Dienstleistungen geben.

Die sozialen Bewegungen, voran Attac, zeigten sich konsequenter. Im Rahmen des Europäischen Sozialforums in London im Oktober 2004 riefen sie zu einer europaweiten Demonstration in Brüssel am 19. März zum Frühjahrsgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs auf. Inzwischen wechselte die Besetzung der Kommission, in dem neuen Gremium ist nun statt des Niederländers Bolkestein der Ire McCreevy für die »Bolkestein«-Richtlinie zuständig. An der Sache ändert das nichts. Nachdem die Gewerkschaften festgestellt hatten, dass ihre Lobby-Arbeit zu nichts geführt hatte, gingen sie auf die Demonstrationsforderung der sozialen Bewegungen ein und organisierten die europaweite »Manifestation« am 19. März 2005. Die politische Wirkung dieser Demonstration war erstaunlich, denn vor den heiklen Verfassungsreferenden in Frankreich und den Nie-

derlanden boten die Regierungen an, die Richtlinie zu überarbeiten. Das nützte den so plötzlich selbst ernannten Vorkämpfern eines »europäischen Sozialmodells«, zu denen auch der damalige Bundeskanzler Schröder sich gesellt hatte, allerdings nichts: Sie mussten die EU-Verfassung vom Tisch nehmen und über die Dienstleistungsrichtlinie neu verhandeln.

Unter der Federführung einer SPD-Abgeordneten im EU-Parlament, Evelyn Gebhard, begann schon unmittelbar darauf, vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen, die "Überarbeitung" der Richtlinie im Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments. Es ging jedoch nur darum, die Sache äußerlich annehmbarer zu machen. Das Reizwort »Herkunftslandprinzip« sollte versteckt, sein Inhalt weitgehend beibehalten werden. Einige Konzessionen schienen der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss durchaus angebracht: An der grundsätzlichen Liberalisierung »kommerzieller Dienstleistungen« sollte nicht gerüttelt, dafür aber eine Ausnahmeregelung für »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« festgeschrieben werden. Der konservativen Fraktion ging diese »Aufweichung« von Bolkestein zu weit, sie lehnte eine generelle Herausnahme der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ab. Lediglich in Ausnahmefällen sollen Mitgliedstaaten eigene Regelungen treffen können. In dieser Version wurde die Richtlinie in die erste Lesung des EU-Parlaments im Februar 2006 eingeführt.

Port Package: Die Aktion der Hafentarbeiter

Inzwischen zeigten die Hafentarbeiter, wie konsequenter Widerstand aussehen kann. Ihre Branche gehört zwar nicht zu denen, die von »Bolkestein« betroffen würden, jedoch nur deswegen, weil für sie eine andere Richtlinie vorgesehen war. Unter dem Arbeitstitel »Port Package« hatte die Kommission schon vor zwei Jahren einen Entwurf vorgelegt, der es Betreibern von Schiffsreedereien erlauben sollte, in europäischen Häfen Schiffsloadungen mit eigenen Leuten zu verladen bzw. zu löschen, anstatt mit den bei den Hafengesellschaften angestellten Fachkräften. Auch dies war eindeutig eine Deregulierungsmaßnahme, die Arbeitsplatzverluste in den Häfen und Abwertung bisheriger Facharbeit zur Folge gehabt hätte. Die auf europäischer und internationaler Ebene gut organisierten Hafentarbeiter wehrten sich mit ihren Mitteln, einschließlich Streik, und erzwangen eine Rücknahme von »Port Package«.

Doch lange gab die EU-Kommission nicht klein bei und legte »Port Package II« auf. Die Hafentarbeiter ließen sich auch das nicht bieten. Am 16. Januar demonstrierten 10.000 von ihnen aus Spanien, Belgien, Deutschland, Italien, Malta, Zypern, Griechenland, Polen, Großbritannien und etlichen



8.000 Hafentarbeiter, darunter 280 aus Deutschland, demonstrieren am 16. Januar 2006 in Straßburg vor dem EU-Parlament gegen die Verabschiedung des Port-Package-II-Gesetzes. Sie kamen aus 15 Staaten, darunter aus USA und Australien. Es wurden 100 qm Glasfront mit Steinen eingeworfen, drei Polizisten wurden verletzt, unbekannt ist, wieviel Demonstranten. Acht belgische Docker wurden festgenommen und zu Strafen ohne Bewährung von bis zu vier Monaten verurteilt. Der letzte Kollege kam Anfang März vorzeitig frei.

Verantwortliche deutsche Gewerkschaftsfunktionäre distanzieren sich von den Steinwürfen. Manfred Rosenberg, Fachgruppenleiter Hafen von Verdi: »Das war nicht in unserem Sinne und wir haben

uns nicht beteiligt. Wir haben uns bei Europa-Abgeordneten entschuldigt«. Bernt Kamin, BR-Vors. Gesamthafenarbeiter in HH, wird im Hamburger Abendblatt (17.1.06) zitiert: »Die Aktionen habe scharfe Kritik der Gewerkschaften ausgelöst«. Deutsche seien an den Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen, so Kamin-Seggewies«. Dazu ist anzumerken: Wäre es nicht besser gewesen, wenn sie geschwiegen hätten anstatt sich von der Wut ihrer Kollegen zu distanzieren? Die belgischen Docker haben für ihre Kollegen 36.000 Euro gesammelt. Unbekannt ist, ob sie wieder an ihre Arbeitsplätze zurück kehren konnten. Ist von deutschen Hafentarbeitern irgendwo internationale Solidarität geübt und für die belgischen Kollegen gesammelt worden? Ist jemand zu ihnen nach Straßburg ins Gefängnis gefahren?

anderen Ländern in Straßburg vor dem Parlament, das sie teilweise entlasten, damit auch die Abgeordneten von den Tränengasschwaden der Polizei eine Nase voll mitnehmen konnten. Parallel standen in vielen Häfen die Kräne still, z. B. in Spanien, Portugal, Frankreich und Schweden. Zwei Tage später lehnte das EU-Parlament die Richtlinie ab.

Die eindrucksvolle Demonstration der Stärke sollte ihre Wirkung auch für den Protest gegen die Bolkestein-Richtlinie haben. Wiederholen ließ sich dies allerdings nicht. Bei den Hafentarbeitern handelt es sich eben um eine relativ kleine, gut organisierte Berufsgruppe, die strategische Vorteile auf ihrer Seite hat und sie zu nutzen versteht. Sie ist international verbreitet und nimmt eine für das Kapital enorm wichtige Funktion wahr, nämlich den Umschlag von Waren zur See. Mit dieser Schlüsselstellung kann sie die Produktionsketten empfindlich stören.

Hinzu kommt allerdings, dass die »Port Package«-Richtlinie auch den Interessen der Hafengesellschaften selbst widerspricht, seien sie nun in öffentlicher oder in privater Hand. An diesem Punkt saßen Unternehmen und ihre Beschäftigten vordergründig in einem Boot, was die Widerstandsaktionen insgesamt beflügelte. So ist letztlich nicht festzustellen, welcher Faktor welches Gewicht in die Waagschale werfen konnte, um das Ziel der Verhinderung von »Port Package« zu erreichen – Demonstrationen und Streiks der Hafentarbeiter einerseits, Lobbyismus der Hafengesellschaften in Brüssel andererseits. Trotz dieser Einschränkung ist aber festzuhalten, dass die Hafentarbeiter und ihre Gewerkschaften sich nicht auf »ihre« Unternehmen verließen, sondern selbst aktiv wurden. Sie hatten eine konkrete Vorstellung davon, was auf sie zukommt, wenn die Hafenrichtlinie realisiert würde, und nutzten ihr Potenzial.

Dies trifft für die Dienstleistungsrichtlinie nicht zu, die mehr ein Generalangriff auf die Lohnabhängigen ist und damit auf sehr unterschiedliche Betroffene trifft, die anson-

sten nicht sehr viel Gemeinsames haben. Dennoch ist gerade für die Gewerkschaften aus »Port Package« viel zu lernen. Unternehmerverbände, nationale Regierungen und die großen Parteien im EU-Parlament wollen grundsätzlich die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse durchsetzen. Gewerkschaften, die sich in angeblicher Verantwortung für das Gemeinwohl darauf einlassen, werden letztlich über den Tisch gezogen. Sie können die Angriffe nicht abwehren, sondern allenfalls abmildern. Das reicht auf Dauer nicht. Wer eine grundsätzlich andere Richtung im Interesse der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen einschlagen will, muss wie die Hafentarbeiter bereit sein, Gegenkraft zu entwickeln und einzusetzen.

Das weitere Verfahren

Ungeachtet der heftigen Proteste in Straßburg und europäischen Hauptstädten hat das EU-Parlament den Kompromiss der beiden großen Fraktionen mit den angeblichen Verbesserungen in erster Lesung angenommen. Der weitere Weg führt nun über Ministerrat, Kommission und weitere Parlamentslesungen bis zu einem möglichen Beschluss, der voraussichtlich nicht vor 2009 in Kraft treten wird. Es ist also noch Zeit für weitere Mobilisierungen.

Der jetzt verabschiedete Kuhhandel der Fraktionen schwächt das Herkunftslandprinzip zwar ab, behält es aber unter anderem Namen grundsätzlich bei. Für Dienstleister sollen nationale Vorschriften weiter gelten, wenn öffentliche Sicherheit, Umweltschutz und Gesundheitsversorgung betroffen sind. Arbeitsrechtliche Fragen werden weiterhin über die Entsende-Richtlinie geregelt. Weitere Forderungen zu Sozialpolitik und Verbraucherschutz stießen auf Ablehnung besonders der osteuropäischen Länder. Problematisch ist auch, dass in den weiteren Verhandlungen in der EU-Kommission und den nationalen Regierungen auch dieses Ergebnis noch verschlechtert werden kann, zumal die Lobby der



Unternehmerverbände nun verstärkt in Brüssel und den europäischen Hauptstädten Klinken putzen wird. Selbst der DGB-Führung ist bewusst, dass das »noch nicht in Sack und Tüten« (Sommer) ist.

Die aktuellen Veränderungen

Die bürgerliche Presse, wie etwa die Frankfurter Rundschau, behauptet, der formale Kompromiss verwässere das Herkunftslandprinzip oder verzichte gar darauf. Sachkundige KritikerInnen, wie etwa Attac oder Sarah Wagenknecht, sind keineswegs dieser Auffassung, sondern sehen den Unterschied zum früheren Kommissionsentwurf als eher gering an. So stellt Attac fest, dass es »es wünschenswert gewesen (wäre), wenn die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ganz von der Richtlinie ausgenommen würden.« Als Ausnahmen neu festgeschrieben sind jetzt die öffentliche Daseinsvorsorge, das Gesundheitswesen, der audiovisuelle Bereich (also Kino, Theater u. dgl.), Dienstleistungen im Bereich Steuern, Rechtsanwälte, Notare, Glücksspiele, Zeitarbeit, Wachschatz, Nahverkehr und Hafendienstleistungen.

Von zentraler Bedeutung ist natürlich das Herkunftslandprinzip (§ 16 der Richtlinie), dessen Neuformulierung im Internet auf der Attac-Seite in Englisch abzurufen ist. Das Prinzip wird insofern eingeschränkt, als eine Zweiteilung zwischen dem »Zugang zu« und der »Erbringung von« Dienstleistungen in einem anderen EU-Mitgliedstaat vorgenommen wird. Ersterer soll den Regeln des Herkunftslandes, Letztere dem des Ziellandes entsprechen. Unklar ist, wie dies in der Praxis funktionieren soll; eine stärkere Belassung der Kompetenz auf der nationalstaatlichen Ebene als ursprünglich vorgesehen dürfte gemeint sein, sodass den Mitgliedstaaten deutlich mehr Spielraum dafür bleibt, eigene Regelungen auf ausländische Dienstleistungserbringer anzuwenden, als in den bisherigen Entwürfen vorgesehen war, allerdings weniger, als sie es ohne diese Richtlinie hätten. Das Herkunftslandprinzip wird also nicht abgeschafft, sondern allenfalls aufgeweicht.

Abweichungen sind den Mitgliedstaaten demnach nur erlaubt, wenn sie den Prinzipien der Nichtdiskriminierung, der Notwendigkeit und der Proportionalität nicht widersprechen und »aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder öffentlichen Sicherheit oder mit Blick auf den Schutz von Gesundheit und Umwelt« notwendig sind. Weiterhin gibt es eine Liste von gesetzlichen Anforderungen, die die Mitgliedstaaten abschaffen müssen. Dazu gehört vor allem die Auflage, dass Dienstleistungserbringer auf ihrem Territorium eine Niederlassung errichten müssen, wenn sie ihre Dienste

anbieten wollen. Ebenso untersagt wird den Mitgliedstaaten jede Einmischung in die Vertragsgestaltung, was nicht nur Verbraucherschutzrechte elementar in Frage stellt, sondern indirekt auch alle Gesetze zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit aufheben könnte. Aber auch hier ist noch nicht ausgemacht, wie die einzelstaatlichen Regierungen damit umgehen werden. Wieweit jeweilige Machtpositionen dabei eine Rolle spielen können, zeigen etwa die Interpretationen der Verstöße gegen Maastricht-Kriterien durch Deutschland und Frankreich oder die gegen die Altauvo-Verordnung der EU-Kommission von 1999 gerichtete Intervention von Bundeskanzler Schröder, die zugunsten der deutschen Autokonzerne erfolgreich ausging.

Auseinandersetzungen auch auf nationaler Ebene

Mit einer gewissen Aufweichung des Herkunftslandeprinzips, einigen genaueren Definitionen seines Geltungsbereichs und der konzeptionellen Rückverlagerung von Kontroll- und Entscheidungskompetenz auf die nationale Ebene ist den Lohnabhängigen und Erwerbslosen nicht geholfen. Weiterhin steht die Drohung einer zusätzlichen Einschränkung und Deregulierung ihrer Rechte auf der Tagesordnung. Ob dies eher von Brüssel oder von Berlin ausgeht, macht keinen entscheidenden Unterschied. Es besagt nur, dass der Gegner nicht allein im fernen Brüssel, sondern im jeweils eigenen Land zu stellen ist.

Dies soll keine Verharmlosung der Bolkestein-Richtlinie sein, sondern sie in richtigen Rahmen stellen. Etliches von dem, was durch sie möglich wird, ist eine Verschärfung bereits bestehender Zustände. Privatisierung von ursprünglich öffentlichen Dienstleistungen findet bereits jetzt in großem Umfang statt – das ist die Voraussetzung für die nochmalige Verschlechterung von Standards durch Vergabe an noch billigere Konkurrenz. Beschäftigungsverhältnisse unterliegen bereits heute vielfältigen Angriffen: Druck durch Massenerwerbslosigkeit, Verschlechterung des Kündigungsschutzes, Befristung, so genannte Praktika, Zeitarbeit, 1-EURO-Job-Bezahlung »wie in Lettland« ist eine zusätzliche Verschärfung. Druck auf Tarifverträge durch magere Abschlüsse, Öffnungsklauseln, Tariffucht durch Verbandsfucht oder schlichte Verweigerung von Neuabschlüssen – auch das ist längst Praxis. Auslagerung von Betrieben und Betriebsteilen bzw. die Drohung damit, um Belegschaften und Gewerkschaften zu erpressen, wird jetzt noch einmal durch zusätzliche Möglichkeiten und schnellere Verfahren erleichtert.

19. Februar 2006 ■

Der nachfolgende Artikel ist eine Übersetzung aus der in Israel erscheinenden Zeitschrift »Challenge«. Er kommentiert den Sieg bei den Wahlen zur palästinensischen Regierung (genauer: Palästinensische Autonomiebehörde, PA), aus der die islamistische Hamas als Siegerin hervorging. Die westliche Welt zeigte sich überrascht, dabei zeigt ein genauere Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre, dass dieses Wahlergebnis das Resultat der vom Westen unterstützten Politik Israels gegenüber den besetzten Gebieten darstellt. Diese Politik ist eine der einseitigen Schritte, die nicht mehr mit der palästinensischen Führung abgesprochen wurden. Zwei dieser Schritte waren: zum einen der Rückzug aus dem Gaza-

streifen, für Israel eine Art Frontbegradigung, da die Kosten der Erhaltung und Sicherung der dortigen Siedlungen den Nutzen weit überstiegen; zum anderen der Bau des Grenzzauns, der die besetzten Gebiete vom Staat Israel abtrennen soll; auch hier eine Art Frontbegradigung, aber nicht auf der von der UNO festgelegten Grenze von 1967, sondern unter Einschluss von in der Zwischenzeit gebauter riesiger Siedlungsblöcke und damit Abtrennung von palästinensischem Gebiet. Damit kommt Israel seinem erklärten Ziel eines Staates mit jüdischer Mehrheit näher, während den Palästinensern ein zerstückeltes, nicht lebensfähiges Gebiet übrig bleibt, der ihre Zukunft völlig perspektivlos lässt. d. Red ■

■ DOKUMENTIERT AUS CHALLENGE:

Hamas: Ein Sieg zuviel

Der überwältigende Sieg von HAMAS in den palästinensischen Parlamentswahlen am 25. Januar, 2006 – sie gewann 74 von 132 Sitzen – hat die Region wie ein Donnerschlag getroffen. Niemand war verblüffter als HAMAS selbst. Sie ähnelt einem Bettler, der in der Lotterie gewonnen hat und jetzt nicht weiß, wie er sich in der Welt der Reichen verhalten soll. In der Hoffnung, dass der Schneeball nicht zu einer Lawine wird, werden die HAMAS-Führer vorsichtig agieren müssen.

Seit Beginn der ersten Intifada im Dezember 1987, als die PLO der Anerkennung des Staates Israel zustimmte, hat HAMAS sich zu einer Gegenkraft zur PLO aufgebaut. In dieser Zeit, 1993, ging die PLO das OSLO-Abenteuer ein, in dessen Folge die Autonomiebehörde (PA) etabliert wurde. Heute, mehr als ein Jahrzehnt nach dem Oslo-Abkommen – und nach fünf Jahren einer blutigen zweiten Intifada – erreicht die PLO das Ende der Fahnenstange. HAMAS ist es mittlerweile gelungen, den Status der Fatah als Hauptvertreter des palästinensischen Volkes zu untergraben.

Aber Hamas ist in einem tiefen Widerspruch verfangen. Durch die Jahre hin profilierte sie sich selbst als innerpalästinensische Alternative, aber nicht als eine realistische politische Alternative – nicht als das Organ, das das palästinensische Volk gegenüber Israel und den Rest der Welt repräsentiert. Wir erinnern: Während der zweiten Intifada proklamierte Hamas wiederholt, ihre neue »Strategie«, die Selbstmordattacker, würde das zionistische Gebilde innerhalb von fünf Jahren zerstören. Kein Bedarf an Abkommen! Die Bewegung hatte niemals eine politische Plattform oder einen Friedensplan präsentiert. Im Gegenteil, der 11. Artikel ihrer Charta erklärt ganz Palästina zu einem »waqf Land« – ein heiliges muslimisches Gut – nicht Gegenstand von Verhandlungen.

Auch auf der ökonomischen Ebene bietet Hamas keine reale Alternative. Die Hauptdifferenz zu Fatah ist Unkorruption. Wie Fatah ermutigt Hamas die Kräfte des Marktes, das ist der Kapitalismus. Diese aber müssen frei von Korruption sein. Dieses führte zu einem exemplarischen Netzwerk von Wohlfahrtseinrichtungen. Aber diese Wohlfahrt ist kein Ersatz für eine funktionierende Ökonomie, besonders nicht in der durch die Okkupation gebildeten komplizierten Realität.

Wenn wir die Wahlergebnisse im Detail analysieren, erscheint der Sieg der Hamas nicht ganz so groß. Entsprechend dem – von der Fatah etablierten – Wahlsystem, wird die Hälfte des Parlaments durch eine einfache landesweite

Wahl, die andere Hälfte in Distriktwahlen gewählt. Landesweit stimmten 430 000 (45%) für Hamas; 400 000 (41%) für Fatah; und 14% für andere Kandidaten. Eher fand in den Distriktwahlen der Erdbeben statt. Hier gelang es Fatah nicht, als Einheit aufzutreten. Den Ruf nach innerer Parteinheit missachtend traten innerhalb jedes Distriktes mehrere Fatah-Kandidaten gegeneinander an. Hamas dagegen war diszipliniert genug, nur einen Kandidaten je Distrikt aufzustellen. Somit wurden Stimmen für die Fatah vergeudet, die für Hamas nicht. Andernfalls hätte Fatah wahrscheinlich genügend Sitze gewonnen, um eine Koalition mit anderen nichtreligiösen Parteien bilden zu können.

Hamas hat tatsächlich angenommen, dass Fatah die Koalition bilden würde. Sie hat auch darauf gesetzt. Während ihrer Kampagne war nicht ersichtlich, dass Hamas die Absicht hatte, die Fatah aus der Regierung zu verdrängen. Alles, was sie wünschte, war, unter Beibehaltung ihrer Identität als bewaffnete, kämpfende Opposition eine anerkannte politische Bewegung zu sein – wie Hizbollah im Libanon. Hamas wollte nicht die Schlüssel zu dem innersten Heiligtum der Macht.

Aber demokratische Wahlen ähneln den Plänen von Mäusen und Menschen, die eben oft schief gehen. Das palästinensische Volk hat gesprochen und nun ist Hamas an der Reihe die Antworten zu liefern. Als erstes Zeichen, um die Straße und die internationale Arena zu beruhigen, wählten sie für das Treffen ihrer Führung (inklusive der externen Führer, wie Khaled Mashal) statt Syrien Ägypten. Das war eine versöhnliche Geste: Die Hamas Charta kritisierte Ägypten wegen des Camp David Abkommens von 1978.

Die Wahl dieses Ortes war ein Fingerzeig an Israel und die Welt, dass die Hamas-Bewegung bereit ist, unter dem Schirm der USA effektiv zu arbeiten.

Verschiedene Faktoren haben die übrige Welt davor bewahrt, einen einheitlichen Standpunkt gegenüber Hamas einzunehmen: **Erstens** gibt es keinen konkreten politischen Vorgang, dem sich Hamas stellen müsste. **Zweitens** entwickelt Israel eine Politik der einseitigen Schritte, die selbst gemäßigte Palästinenser außer Acht lässt. **Drittens**, die Wahlen zur PA – genau beobachtet von der internationalen Gemeinschaft – waren erwähnenswert sauber. Diese Faktoren boten den Russen und Franzosen eine Offenheit gegenüber Hamas, die Washington großes Unbehagen bereitet.

Die USA bekamen einen Geschmack davon, was passieren kann, wenn sie im Mittleren Osten ihre Demokratie ein-

führen wollen. Wahlen in dieser Region kennen nur einen Sieger: den Islam. Dies liegt zum Teil daran, dass liberale Parteien mit westlichen Programmen fehlen. Wir müssen daran erinnern: Während des Kalten Krieges trugen die US dazu bei, säkularere Alternativen in der ganzen Region auszulöschen, indem sie islamische Parteien förderten.

Die Resultate der PA-Wahlen widerspiegeln den notwendigen historischen Prozess.

Wir erinnern: Die zweite Intifada begann im September als Volksaufstand. Ihre Motive lagen in der Bestrafung beider Partner des Oslo-Abkommens: nicht nur Israel, auch die PA (welche das eigene Volk in eine tiefe Verarmung fallen ließ, während ihre Führer – und die Israelis – gediehen). Die Aufständischen hatten nicht die notwendige Führerschaft um die korrupte PA zu bestrafen.

Die Wahlen gaben die Chance der Abstrafung

Beide, Israel und die PA, rechneten mit der Furcht des Volkes vor dem völligen Verlassensein im Falle des Verlustes der Führerschaft der Fatah. Hamas, so nahm man an, würde viele Stimmen auf sich vereinigen können, aber nicht die Mehrheit gewinnen; dieses würde als Warnung an die Fatah dienen, um sich selbst von der Korruption zu reinigen. Aber die Realität übertrifft die Vorstellung. Die Wähler reduzierten Fatah zu Bauschutt. Die Revolte, die im Jahre 2000 nicht zu Ende gebracht wurde, kam 2006 zu einer ruhigeren Vervollendung durch die von Bush geförderten Wahlen.

Die Kraft, die Oslo und die PA begrub, war das palästinensische Volk selbst. Hamas war sein Werkzeug.

Yonatan Ben Efrat in *Challenge*, März/April 06 ■



■ ZU EINEM AUFSATZ VON ULRICH BECK

Jugendrevolte in den französischen Banlieues

Weist die Jugendrevolte in den französischen Trabantenstädten zu einer Lebensperspektive ohne Arbeitsplatz?

Ein Kommentar zu dem Aufsatz von Ulrich Beck »Afrika ist überall, Aufstand der Überflüssigen am Rande von Europas Metropolen« in »Erziehung und Wissenschaft« 1/2006

Die Jugendrevolte in den Vororten der französischen Großstädte hat nicht nur das französische Bürgertum aufgeschreckt. Der französische Innenminister Sarkozy diskriminierte diese Jugendlichen als »Herumtreiber und Gesindel«. Er wollte die Vorstädte mit einem »Kärcher-Hochdruckreiniger« säubern lassen.

Die deutsche Öffentlichkeit reagierte erschrocken. Häufig werden die Ursachen gewalttätigen Auftretens in der Herkunft der Einwanderer gesucht. Einige deutsche Medien beschäftigten sich durchaus mit den Lebensbedingungen der jungen Menschen, dem Elend der Menschen in den französischen Vorstädten. Deutsche Politiker beruhigten die Öffentlichkeit, so etwas könne in Deutschland nicht passieren, denn die Wohnverhältnisse seien hier doch viel besser.

Ernsthafter geht der Soziologie Ulrich Beck in seinem Beitrag »Afrika ist überall«, für die GEW-Zeitung »Erziehung und Wissenschaft« an diese Frage heran. Er sieht hinter dem Protest dieses Teils der Jugend nicht fehlende Integration, die

durch Bildung bewältigt werden könnte, oder gar ein islamistisches Problem: »Es ist nicht die fehlende Integration, sondern die gelungene Integration, genauer: der Widerspruch von kultureller Assimilation und sozialer Ausgrenzung dieser Jugendlichen, aus dem sich ihr Hass und ihre Gewaltbereitschaft speisen. Handelt es sich doch gerade nicht um Einwanderer, die ihrer Herkunftskultur verhaftet sind, sondern um Jugendliche, die einen französischen Pass haben perfekt Französisch sprechen und das französische Schulsystem durchlaufen haben gleichzeitig aber von der französischen Gesellschaft am Rande der Großstädte territorial ausgegrenzt werden. Diese assimilierten Jugendlichen, deren Eltern zugewandert waren, unterscheiden sich in ihren Wünschen und Einstellungen kaum von den gleichaltrigen Gruppen des Einwanderungslandes; im Gegenteil: Sie stehen ihnen besonders nahe. Eben daran bemessen ist der Rassismus der Ausgrenzung für diese sehr heterogenen Jugendgruppen so entsetzlich bitter, und für alle übrigen so skandalös.«

Ulrich Beck geht aus von der »wirtschaftlichen Globalisierung«, »wobei hoch industrialisierte Zentren schnellen Wachstums neben unproduktiven Wüsten entstehen und zwar nicht nur »da draußen« in Afrika, sondern eben auch in New York, Paris, Rom, Madrid und Berlin« und stellt fest,

dass »immer mehr Menschen in eine Lage auswegloser Hoffnungslosigkeit (geraten), deren Schlüsselmerkmal es ist ... , dass diese Menschen schlicht nicht gebraucht werden.« ... »Die Wirtschaft kann auch ohne ihren Beitrag wachsen. Die Regierenden können auch ohne ihre Stimmen gewählt werden. Die »überflüssigen« Jugendlichen, die französischen Kinder afrikanischer und arabischer Einwanderer, die in den Banlieues am Rande der großen Metropolen ein perspektivloses Dasein fristen, sind Bürger nur auf dem Papier. Tatsächlich jedoch sind sie Nicht Bürger und damit eine lebende Anklage aller übrigen. Sie fallen auch aus der Vorstellungswelt der Arbeiterbewegung heraus. Sie wenden sich in erster Linie gegen Rassismus, gegen die Verletzung ihrer Würde als »andere« Franzosen, gegen ihre Randexistenz im Aus der Vorstädte.«

Ulrich Beck sieht das gesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit als Ursache. Nur meint er, dass diese Arbeitslosen keine »Reservearmee« bilden, die den Preis der menschlichen Arbeitskraft drückt. Er sieht nicht, dass das Kapital seinen Nutzen aus dieser sozialen Spaltung der Klasse der Lohnabhängigen zieht: Denn die Drohung dazu gehören zu können, bewirkt Zugeständnisse bei Lohn und Arbeitszeit. Sarkozy in Frankreich, die CDU/CSU in Deutschland schüren Fremdenhass. In anderen europäischen Ländern gibt es entsprechende bürgerliche Politik. Diese Spaltung der Klasse der Lohnabhängigen ist nicht nur für die Organisationen der französischen Lohnabhängigen ein Problem.

Ulrich Beck sieht, dass die revoltierende Jugend in den Banlieues nicht gegen ihre Arbeitslosigkeit protestiert, weil sie überhaupt keine Chance sieht, jemals einen angemessenen Arbeitsplatz zu bekommen. Er zeigt auf, wie erbärmlich die Lüge ist, Bildung löse das Problem: »Die eigentliche Misere zeigt sich am untersten Ende der Ausbildungshierarchie: Die Elementarschule droht überall in Europa zur Ghettomauer zu werden, hinter der die unteren Statusgruppen auf die Dauerexistenz der Erwerbslosigkeit (Sozialhilfe) festgelegt werden. Ausbildung, die absehbar in »Überflüssigkeit« mündet, wird zur Brutstätte »molekular Gewalt« (Enzensberger), die nichts mehr bezweckt als die Lust an sich selbst.«

Da Ulrich Beck jedoch nicht das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise in seine Überlegungen einbezieht, diese damit als unabänderbar ansieht, kann er nicht sagen, wofür diese Menschen nicht gebraucht werden. Die »überflüssigen« Jugendlichen, die sich in ihrem wilden, ungezielten Protest »in erster Linie gegen Rassismus und gegen die Verletzung ihrer Würde als »andere« Franzosen« wehren, werden in der globalisierten kapitalistischen Produktionsweise für die Erwirtschaftung von Gewinn nicht mehr gebraucht.

Indem die kapitalistische Produktionsweise sich ständig weiter entwickelt, ist immer mehr Kapital nötig, um dieselbe oder gar eine größere Zahl von Lohnabhängigen zu beschäftigen. Die steigenden Produktivkräfte erzeugen also auf kapitalistischer Grundlage notwendigerweise Menschen, die für die kapitalistische Produktionsweise überflüssig sind, eine dauerhafte, scheinbare Überbevölkerung. Die Ursache der Arbeitslosigkeit liegt also darin, dass Arbeitskräfte nur beschäftigt werden, wenn sie dem Kapital genügend Profit einbringen. Im Kapitalismus dient die Wirtschaft nicht als Grundlage für die persönliche Entfaltung der Menschen.

Zweck von Produktion und Handel ist allein der Gewinn. Indem Ulrich Beck die dem Kapitalismus immanente nicht zu stillende Gier nach Profit unberücksichtigt lässt, Arbeit bei ihm nur Lohnarbeit ist, wird bei ihm auch nicht die Frage der Überwindung des Kapitalismus zur Schlüsselfrage, sondern wie man ohne Arbeitsplatz ein sinnvolles Leben führen könne.

In den Trabantenstädten Frankreichs hat sich der Staat vollends aus der Verantwortung gezogen. Präsent ist er nur noch durch die Polizei. Mit 23 Prozent hat die Jugendarbeitslosigkeit Frankreichs einen Spitzenplatz in Europa. Zieht man noch die Zahl der Jugendlichen ab, die nur ab und zu einen Gelegenheitsjob bekommen – und die damit aus der Arbeitslosenstatistik rausfallen, dann dürfte sich die reale Jugendarbeitslosigkeit in vielen Trabantenstädten eher doppelt so hoch liegen. Nicht verwunderlich, dass hier auch die allgemeine Arbeitslosenquote mit 20,7 Prozent doppelt so hoch ist wie im Landesdurchschnitt

Firmen wurden von Regierungsseite durchaus Anreize gegeben, in den Vorstädten zu investieren: Sie brauchten weder Sozialabgaben zu entrichten noch Steuern zu zahlen. Dennoch wurden aus genannten Gründen der kapitalistischen Produktionsweise nicht ausreichend Stellen geschaffen. Da der Unternehmer unter diesen Umständen unter den Bewerbern wählen kann, erhalten Menschen afrikanischer Abstammung kaum eine Zusage, haben weißhäutige Franzosen bei gleicher Qualifikation größere Chancen.

Nicht nur in Frankreich werden immer weniger Menschen für die kapitalistische Produktion gebraucht, steigt die Zahl der »Überflüssigen«. In Deutschland werden viele potentiell arbeitslose Jugendliche in irgendwelchen schulischen Maßnahmen geparkt; das gibt es so in Frankreich nicht. Aber nicht nur in Deutschland wollen die Herrschenden der Masse der Bevölkerung vorgaukeln, soziale Einschnitte bei den Armen und sprudelnde Gewinne der Reichen ermöglichten die »Beschäftigungskrise« zu überwinden. Doch die Ausweglosigkeit der bürgerlichen Politik wird durch die Realitäten Tag für Tag deutlicher aufgedeckt: aktuell durch die Kapitulation der Lehrer an einer Berliner Hauptschule vor den Problemen mit den ausgesonderten Hauptschülern, den »Überflüssigen«.

Lebensperspektive ohne Arbeit?

Ulrich Beck spricht am Schluss seines Artikels die Sorge von Menschen an: »Politik und Wissenschaft im Banne der Vollbeschäftigungsothodoxie verdrängen die Schlüsselfrage: Wie können Menschen ein sinnvolles Leben führen, auch wenn sie keinen Arbeitsplatz finden? Müssen wir nun damit rechnen, dass neben der und zusätzlich zur Gefahr von Terrorattentaten auch die Gefahr von Brandstiftungen zu einer Konstanten des Alltagslebens und der politischen Auseinandersetzung wird?« Seine Antwort ist: »Wir müssen Menschen einen Lebenssinn auch jenseits der Vollbeschäftigungsothodoxie eröffnen. Darüber eine Debatte zu eröffnen, wird zu einer zentralen Aufgabe gesellschaftlicher Kritik.«

Beck macht sich keinen Gedanken darüber, in welchem historischen Zusammenhang der Kapitalismus steht und welche existenzielle Bedeutung die Arbeit für den Menschen hat.

Im Laufe der Menschheitsgeschichte sind im 20. Jahrhundert die Produktivkräfte bereits so angewachsen, dass die Versorgung der ganzen Menschheit organisiert, Not und

Hunger auf der ganzen Erde beseitigt werden könnten. Auch der wachsenden rücksichtslosen Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen kann Einhalt geboten werden. Im 21. Jahrhundert wachsen die Produktivkräfte weiter. Dass Millionen arbeitslos sind, Hunderte von Millionen hungern, Hunderttausende umkommen, ist die Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise, des unbezähmbaren Hungers nach Profit. Auch viele Naturkatastrophen und die Kriege in Entwicklungsländern sind auf die Ausbeutung der Natur durch die Profitgier zurückzuführen. Der große Zug, der durch die Geschichte der Menschheit geht, ist die Entwicklung der Produktivkräfte. Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung konnte in den vorausgehenden Klassengesellschaften ebenso wie in der heutigen nie zu Teilhabern an den Errungenschaften der Kultur werden, der es ihnen ermöglicht hätte, ihre Persönlichkeit voll zu entfalten. In unserer Zeit sind die Produktivkräfte so weit entwickelt, ist diese Möglichkeit objektiv vorhanden ist; damit entfällt die historische Notwendigkeit für die Aufspaltung der Menschheit in Klassen.

In einem Gespräch mit einem seiner Freunde äußerte sich der Bildhauer Auguste Rodin (1840 – 1917) dazu:

»Hast du je darüber nachgedacht, dass in der modernen Gesellschaft nur die Künstler, die wahren Künstler, Freude in ihrem Werk haben? Mir scheint, das was unseren Zeitgenossen fehlt, ist die Liebe zu ihrer Arbeit. Nur widerwillig gehen sie an ihr Werk; und so ist es von der Spitze bis zum Fall der sozialen Leiter Fast alle Menschen scheinen die Arbeit als eine hassenswerte Notwendigkeit, eine verfluchte Plage anzusehen während sie als unser Glück, als das sollte, was uns das Recht auf Leben gibt . . . Wie viel glücklicher würde die Menschheit sein, wenn die Arbeit, statt ein Mittel zu leben, des Lebens Inhalt würde. Um diese wunderbare Wendung herbeizuführen, müssten alle Menschen dem Beispiel der Künstler folgen, oder besser noch, Künstler werden; denn das Wort »Künstler sein« bedeutet, ein Mensch zu sein, der Freude hat an dem, was er tut.«

Sind die ökonomischen Voraussetzungen heute auch gegeben, um Rodins Gedanken zu verwirklichen, so stehen die gesellschaftlichen Voraussetzungen ihrer Verwirklichung diametral entgegen: Heute ist es Millionen Menschen nicht einmal gestattet, »widerwillig« an einen Arbeitsplatz zu gehen. Menschen kämpfen heute darum, diese »hassenswerte Notwendigkeit« überhaupt ausüben und damit ihr Leben fristen zu dürfen. Überflüssig geworden für die Erwirtschaftung von Profit, werden sie in die Arbeitslosigkeit mit all ihren menschenunwürdigen Begleitumständen entlassen. Und ständig wächst die Zahl der Arbeitslosen. In prekären Arbeitsverhältnissen müssen sich Lohnabhängige einen geringen Lohn, lange Arbeitszeit und z.T. gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen gefallen lassen, um überhaupt Lohnarbeit zu haben.

Was Rodin als Künstler ausgedrückt hat, untersuchte Marx etwas genauer. Für ihn bestand die Entwürdigung, die geistige und körperliche, Verkrüppelung des Menschen nicht nur darin, dass der wirkliche Produzent nicht mehr über sein eigenes Produkt verfügen kann, sondern auch darin, dass die um des Profits willen auf 's Äußerste gesteigerte Arbeitsteilung ihn sein Lebtage verdammt, ein Teilnehmer zu sein, ein bloßes Anhängsel der Maschine, ein Zubehör zu einer Teilmaschine. (Und Marx hat das Fließband und die Automaten noch nicht gekannt). Die Abtrennung der körperlichen von der geistigen Arbeit führt die Entfremdung bis zu dem

Punkte, wo der Arbeiter dem Werke seiner Hand verständnislos gegenübersteht. Damit wird jede Freude an der Arbeit und der Sinn des Lebens selbst ertötet. Rodin ist in seinen Betrachtungen nicht zum Wesenskern vorgestoßen: Der Künstler ist voll Schaffensfreude, weil er mit Hand und Kopf sein eigenes Werk vollkommen beherrscht. Im Kapitalismus ist dieses Ziel für die große Masse der Lohnabhängigen durch die Klassenspaltung der Gesellschaft nicht zu erreichen: Das Eigentum an Produktionsmitteln ist in wenigen privaten Händen. Die Masse der Menschen ist also gezwungen, ihre Arbeitskraft an diejenigen zu verkaufen, die über die Produktionsmittel verfügen. Das kapitalistische Ziel, einen möglichst hohen Profit zu erwirtschaften, ist nur möglich durch die Ausbeutung der Beschäftigten.

Lohnarbeit, die den Menschen ausbeutet abzuschaffen, Arbeit zu einem Lebensbedürfnis zu machen, darin sah Marx ein wesentliches Ziel, das durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erreicht werden soll. Wissenschaft und Maschinerie sind heute so weit entwickelt, dass die zum Lebensunterhalt notwendige Arbeit stark verkürzt werden kann. Damit ist die Möglichkeit vorbereitet, Menschen sich frei entfalten zu lassen, ihnen in der freien Zeit die Arbeit zu ermöglichen, in der sie Erfüllung finden. Vergessen wir nicht: Die Entwicklung des Menschen aus dem Tierreich vollzog sich über die Arbeit, über das Schaffen von ständig verbesserten Werkzeugen.

Doch im Kapitalismus wird jeder technische Fortschritt zur Plage für die Arbeitenden und zur Wohltat nur der Eigentümer, Aktionäre, Spekulanten, denn er führt

- zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zur Massenarbeitslosigkeit,
 - nicht zur Arbeitsverkürzung sondern aufgrund des Konkurrenzkampfes zur Arbeitsverlängerung für die noch Arbeitenden,
 - nicht zu humanen Arbeitsbedingungen, zwar ersetzen Maschinen körperlich schwere Arbeiten; doch die neuen Arbeitsplätze zeichnen sich aus durch einseitige Belastung, psychische Belastung, und Stress aus,
 - zur Isolierung von den Kollegen am Arbeitsplatz
 - zur Anhäufung des Reichtums bei den Eigentümern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, die den Konkurrenzkampf damit heute global verstärkt austragen und ihr Ziel Profitsteigerung auch mit Kriegen durchsetzen
- Schon heute könnte die gesellschaftlich notwendige Arbeit radikal verkürzt werden : Der Unternehmer
- schafft mit dem Einsatz der neuen Technologien massenhafte Produktion, die zur Überproduktion führt, weil sie nicht gekauft werden kann,
 - kann seine aufgebauten Kapazitäten gar nicht mehr ausschöpfen, muss sie aber aus Konkurrenzgründen weiter ausbauen; dabei werden immer mehr Menschen durch die neuen Technologien ersetzt,
 - könnte viele dauerhaftere Produkte erstellen, die des Profites wegen heute nicht hergestellt werden,
 - stellt Produkte her, für die Bedürfnisse erst künstlich geschaffen werden.

Schon jetzt werden Arbeiten bezahlt, deren gesellschaftliche stark zurück geht, wenn dieser Staat kein Unterdrückungsstaat ist. Beschäftigte in der Rüstung, bei Versicherungen und im Bankenwesen, im Steuerwesen, im Unterdrückungsapparat könnten gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben übernehmen. (wenn sie nicht mehr dem Profit dienen) 1.3.2006 ■

Augenzeugenbericht von der Pariser Demonstration am 28.3.06

**Am 28.3.06 erreichte der Protest gegen das Gesetz zum Erst-
anstellungsvertrag (Contrat première embauche) CPE in
Frankreich einen Höhepunkt. Das Gesetz erlaubt es, Jugend-
liche und junge Erwachsene einzustellen, die während
zweier Jahre keinen Kündigungsschutz genießen. Bernard
Schmidt berichtet im Labournet (Auszüge):**

... Erst einmal dauert es quälend lange Minuten, bis über-
haupt ein Métrozug heranrollt. ... Die Waggons sind über-
füllt mit Jugendlichen, die offenkundig aus der Banlieue
kommen und von denen viele Migrationshintergrund haben.
Ein Teil von ihnen scheint Jugendgangs anzugehören, die
mitfahrende Passagiere beschimpfen und am Ostbahnhof aus
der Métro zu drängen versuchen. ... Aber da kommt auch
schon der nächste Metrozug. Er ist auch voll von Jugendli-
chen aus den Trabantenstädten, aber dieses Mal können wir
Umstehenden einsteigen – solange jedenfalls, bis der knappe
Raum bis zum Platzen überfüllt ist. Diese Jugendlichen hier
aber sind nett. Viele von ihnen sind genauso farbig wie die im
vorausfahrenden Zug, finden es aber nach eigenem Bekun-
den »großen Quatsch, was die da machen«. Sie sind Schüler
an einer Berufsoberschule in Aulnay-sous-Bois, die sie seit
14 Tagen besetzt halten. Über Polizeiprovokationen in den
Banlieue-Schulen ist in diesen Tagen viel die Rede, aber
meine Nachbarn im Zug halten sich zurück mit Kritik an den
Ordnungskräften: »Nein, bei uns sind sie zurückhaltend.
Anderswo haben sie in der letzten Zeit provoziert und
dadurch manche Banlieues in Aufruhr versetzt, das stimmt.«
Einige finden, dass »Gewalt überhaupt Quatsch« ist, ein
anderer aber meint: »Falls die Regierung heute Abend nicht
nachgibt, was soll man dann noch machen? Nachdem so
viele Millionen auf der Straße waren, was bleibt dann noch
übrig? Anscheinend versteht die Regierung nur die Sprache,
die im Herbst in manchen Banlieues gesprochen wurde,
damals hat die Regierung es tierisch eilig gehabt zu reagie-
ren...«

... Nach 15 Minuten taucht die Spitze des offensichtlich
riesigen Demonstrationszugs auf der Höhe der Bastille-Oper
auf. An der Oper selbst hängt ein großes Transparent: »Die
Pariser Opern im Streik«. Tatsächlich laufen die Beschäftig-
ten der beiden Opernhäuser in einem der ersten Blöcke des
Zuges. Ihr Protest richtet sich freilich nicht allein gegen den
CPE, sondern hängt ebenso mit dem seit Wochen andauern-
den Arbeitskampf der »intermittents du spectacle« (nicht
ständigen Beschäftigten des Kulturbetriebes) zusammen,
denen ein Teil ihrer bisher bestehenden sozialen Absiche-
rungen entzogen werden soll.

Der Protestzug nimmt scheinbar kein Ende. Ich beobachte
eine Weile, laufe ihm entgegen, lasse mich dann wieder
«stromaufwärts» mittragen. Am lustigsten unter den Dingen,
die mir auffallen, ist eine Gruppe von als Marsmännchen in
grün verkleideten Demonstranten, die mit der Aufschrift
demonstrieren: »CPE: Contrat pour extraterrestres« (Vertrag
für Außerirdische). Dazu die Erklärung: »Das hat nichts
Menschliches«. Daher wohl der Rückgriff auf Marsmänn-
chen.... Viel Beifall erhält der auf einem Autodach und einem
darauf befestigten Schild stehende Gallierhäuptling, der die
»zornigen ArchäologInnen« repräsentiert. ...Die Archäolo-
gen protestieren einerseits gegen die allgemeinen Einschnitte
wie die sonstigen Demonstranten, andererseits machen sie

auch geltend, dass die Sparpolitik im öffentlichen Dienst
wichtige archäologische Projekte gefährde.... So mischen
sich oft unterschiedliche, gesamtgesellschaftliche und sekto-
renbezogene Protestmotive.

»Werfen wir die Hinauswerfer hinaus« steht auf einem
riesigen Transparent eines Ortsverbands der CGT, unter
Anspielung auf die Abschaffung des Kündigungsschutzes –
während der ersten zwei Jahre nach Eintritt in ein neues
Arbeitsverhältnis –, den der »Ersteinstellungsvertrag« CPE
bewirkt. »De Villepin, wir haben ein Motiv, Dich 'rauszuwer-
fen« steht auf einem anderen Transparent, von Namenlosen
gemalt. Und sehr oft liest man mittlerweile auch: »De Vil-
lepin, tritt zurück!« Das ist neu gegenüber den Anfangs-
wochen der Protestbewegung.

Noch nicht einmal die Hälfte der Demo ist auf der Place
de la République angekommen, als es schon knallt. Die
Jugendgangs hätten versucht, Schaufenster einzuwerfen,
höre ich gerüchteweise über den Platz. Vor allem aber sehe
ich, dass sie sich Scharmützel mit den Polizeikräften liefern:
Wurfgegenstände fliegen auf die CRS, die französische
Bereitschaftspolizei. Diese antwortet mit Pfeffer-Reizgas.

Ich frage mich, ob die Jugendgangs es ausschließlich auf
die Polizei abgesehen haben, deren Präsenz sie offenkundig
tatsächlich wie magisch anzieht, oder ob sie auch aggressiv
gegen DemonstrantInnen vorgehen, wie es am vorigen Don-
nerstag nach der Auflösung der Studierendendemo in der
Nähe des Invalidendoms der Fall war. »Da, in der Mitte des
Platzes, da sind einige Leute aus Gangs aktiv, die auch
DemonstrantInnen bestohlen oder beraubt haben«, wird mir
bekundet. In ihren Augen handelt es sich bei demonstrieren-
den Oberschülern, die an diesem Tag äußerst zahlreich auch
aus den Banlieues selbst und aus Migrantenfamilien gekom-
men sind, um »Privilegierte« und um Weicheier – so dass
ihnen eine Form von sozialer Rache auf dem Wege des Faust-
rechts legitim erscheint. Aber es zeichnet sich schnell deut-
lich ab, dass diejenigen, die auch Demonstranten attackier-
ten, nur eine verschwindende Minderheit von circa 40 Ran-
dalierern sind.

An einem Moment bewege ich mich kurz vor der Polizei-
absperzung auf der Mitte des Platzes, um besser zu erkennen,
was genau vor sich geht, als plötzlich Bewegung in eine
größere Gruppe kommt. Sie löst sich von der Absperzung ab,
um auf die hintere Seite der Place de la République zu flüch-
ten, offenkundig einen Tränengaseinsatz befürchtend. Ich
stolpere über die Füße eines ebenfalls weglaufernden Ban-
lieuejugendlichen und lande der Länge nach auf dem
Asphalt. Ich sehe mich schon geistig um meinen Fotoapparat
erleichtert, aber nichts dergleichen: Der Betreffende ent-
schuldigt sich gleich dreimal, und Andere aus seiner
Gruppe, die überwiegend aus Schwarzen besteht, helfen mir
höflich auf die Füße. Offenkundig sind sie nicht alle so ein-
gestellt, wie man sich das mitunter vorstellen könnte, wenn
man die tatsächlich hässlichen Bildern von Angriffen auf
Demonstranten vom vorigen Donnerstag kennt. Ich trage eine
Zerrung davon, bin aber gleichzeitig versöhnlicher gestimmt.

Kurze Zeit darauf wird plötzlich gar nicht mehr klar, wer
auf diesem Platz zu wem gehört. Ein Teil des Ordnungsdiensts
der CGT, der mit Armbinden gekennzeichnet ist, holt Knüp-
pel aus den Jacken hervor und attackiert eine Gruppe von
Banlieuejugendlichen, um sie zu vertreiben. Angeblich oder
tatsächlich waren diese zuvor gegen Demonstranten vorge-
gangen. Ein paar Momente lang fliegen Flaschen, ohne dass

wirklich klar wäre, von wem gegen wen. Ein Pulk von Reportern mit Presseschild, den Fotoapparat oder die Filmkamera unter dem Arm und offenkundig auf der Suche nach dem »Scoop«, stürmt mit Motorrad- und anderen Helmen auf dem Kopf über den Platz. »So ein Blödsinn, die führen sich auf, als seien sie in Bagdad – und das alles dient nur der Sensations-mache« meinen Demonstranten um mich herum. Mehrmals ertönen Pfiffe gegen die Leute mit den Filmkameras.

Zwei Minuten später befinde ich mich wieder an dem Ort, wo sich eben noch die Kette des CGT-Ordnerdienst befand. Da stehen wieder mehrere dutzend Männer in Zivil, die meisten tragen Aufkleber von Gruppen der radikalen Linken. Ich glaube, dass es sich um ein anderes Stück der Ordnerkette handelt, auf Nachfrage anderer Anwesender hin versichert auch einer der Männer: »Wir sind vom Ordnerdienst der CGT«. Minuten später erkenne ich meinen Irrtum, als die angeblichen Ordner links und rechts von mir ausklappbare Gummiknüppel auf Knopfdruck ausfahren und zwei von ihnen Handschellen hervor holen. ...Unmittelbar vor mir wird ein junger Mann verhaftet, der Hintergrund ist völlig unklar. Es handelt sich um eine Gruppe von 30 bis 50 Zivilpolizisten, die alles tun, um für Gewerkschaftsordner oder Linksradikale gehalten zu werden. Kurz darauf ziehen sie sich auf die Seite des Platzes zurück. Die Anwesenden hinter ihrer Kette werden wenig später in einen Kessel abgedrängt, da die CRS den Boulevard nach wenigen hundert Metern abgeriegelt haben. Nach ein paar Minuten dürfen wir den Kessel auf der anderen Seite verlassen, aber einzeln. Offenkundig hat man es umso schwerer, aus dem Kessel herauszukommen, je dunklere Hautfarbe man hat. Einige junge Frauen protestieren: »Lasst die Schwarzen laufen« und werden durch die CRS aufgefordert, gefälligst ihres Weges zu gehen. Nur langsam und passiv lassen sie sich aber, rückwärts gehend, den Boulevard hinauf abdrängen.

Über eine Stunde sehe ich ausschließlich CGT-Transparente im hinteren Zugteil, der postkommunistische Gewerkschaftsbund hat offenkundig mächtig mobilisiert. Rund um die Place de la République herrscht eine surrealistische Atmosphäre: Vorne fliegen Steine und Tränengasgranaten, auch wenn sich die Situation ganz allmählich beruhigt, und

hinten kommen ununterbrochen weitere – friedliche und oft ältere – Demonstranten an.

Die fünf größten und institutionalisierten Gewerkschaftsbünde, die vom Gesetzgeber als »repräsentativ« anerkannt sind, (appellierten) noch am Dienstagabend in einem gemeinsamen Brief an Staatspräsident Chirac: Dieser solle die Unterschrift unter das Gesetz vorläufig verweigern und es zu einer weiteren Beratung in die Nationalversammlung zurückgeben. Um dort eine Sachdiskussion zu ermöglichen, aber auch, um den CPE aus dem »Gesetz für Chancengleichheit« getauften Gesetzespaket herauszunehmen. Dies ist absolut nicht im Sinne der radikaleren Kräfte in der Protestbewegung, und namentlich der »Koordination der Studierenden, Oberschüler und jungen Prekären gegen den CPE«. Sie fordert die Zurückweisung des gesamten Gesetzespakets, das neben dem umstrittenen CPE auch noch eine Reihe von Sonderbestimmungen für die Banlieuejugend enthält. So ermöglicht es die Kollektivbestrafung von Familien – im Regelfall aus den sozialen Unterschichten –, deren Jugendliche straffällig wurden, durch den Entzug von Sozialleistungen. Ferner legalisiert das Gesetzespaket den Eintritt ins Arbeitsleben mit 14 und lässt Nacharbeit sowie Wochenenddienst ab 15 zu.

Von Anfang an herrscht ein Legitimitätskonflikt zwischen zwei Akteuren innerhalb der jüngeren Protestbewegung. Auf der einen Seite stehen die etablierten Gewerkschaftsapparate, die eine breite soziale Basis unter abhängig Beschäftigten haben, aber die in Gipfeltreffen ihrer jeweiligen Spitzen über ihre nächsten Schritte entscheiden. Andererseits gibt es die Streikkoordination, die aus dem studentischen Selbstorganisationsprozess in Vollversammlungen und Streikkomitees hervorging. In ihr machen Angehörige der sozialdemokratischen Studierendengewerkschaft UNEF rund ein Drittel, und radikale Linke unterschiedlicher Couleur gut die Hälfte der Delegiertenmandate aus. Bislang ergriff auf den verschiedenen Stufen des Konflikts gewöhnlich die Streikkoordination die Initiative, und die Gewerkschaftsapparate schlugen daraufhin ein Alternativdatum vor.

www.labournet.de/internationales/fr/junge15.html 28.3.06 ■

»Ich stehe in der Welt als Kämpfer« (W. Belinski)

Folgender Text wurde uns von Genossen aus Leipzig mit der Bitte um Veröffentlichung übermittelt. Für sie ist Wolfgang Abendroth schon zu Zeiten der DDR der entscheidende westdeutsche marxistische Intellektuelle gewesen, der aufgrund seiner Veröffentlichungen und auch wegen seiner Haltung, sich nicht einen fingerbreit von der westdeutschen Staatsraison gegen die DDR missbrauchen zu lassen, dort einen guten Ruf genoss. Mit seinen Arbeiten wird in den neuen Bundesländern inzwischen oft versucht, Zugang zur Geschichte Westdeutschlands zu finden. *d. Red. ■*

Am 2. Mai 2006 begehen marxistische Linke den 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth. Die Biographie dieses »marxistischen Sozialisten«, wie Abendroth sich nannte (und damit den Kommunisten hervorkehrte), seine Bücher, Artikel, Anschauungen und Lehren sind ein Spiegel der opferreichen Kämpfe der revolutionären deutschen Arbeiter-

bewegung in der Epoche des Niedergangs des Kapitalismus. Abendroth selbst legt darüber Zeugnis ab in den 1976 im Suhrkamp-Verlag erschienenen Gesprächen »Ein Leben in der Arbeiterbewegung«. Niemals wollte er »von«, aber immer »in« und »für« die Arbeiterbewegung leben. Dabei lag ihm die Arbeiterjugend, die Entwicklung ihres Bewusstseins und darauf begründeten klassenkämpferischen Handelns, besonders am Herzen.



Ohne Geringschätzung des Beitrages, den Intellektuelle für die Arbeiterbewegung leisten können, ergriff Abendroth Partei: »Auf den normalen jungen Arbeiter kommt es mir viel mehr an als auf den normalen Jungintellektuellen.«

Es ist nicht Anliegen dieses Beitrages, den Lebensweg von Wolfgang Abendroth nachzuzeichnen. Obwohl dieser Weg, der Abendroth nach seinem Ausschluss aus der KPD auch in die Reihen der KPD (O) führte (Heinrich Brandler und August Thalheimer wurden seine auserwählten »Lehrer«), in vieler Beziehung sehr lehrreich für die heutige Generation sozialistischer Kämpfer ist. Denn Abendroth, der sich stets dagegen gewandt hat, um ihn »Personenkult zu machen«, ist dennoch ein Beispiel dafür, dass »Persönlichkeiten«, wie er in einem Aufsatz über Rosa Luxemburg schrieb, »... ihren Rang in der Geschichte (haben), einen größeren, als manche Dogmatiker annehmen. Sie haben ihn gerade dann, wenn sie wissen, dass sie nicht beliebig ›Geschichte machen‹ können.« Und dieses Wissen war Abendroth, der sich insbesondere dem historisch-materialistischen Denken von Franz Mehring verpflichtet fühlte, der keinen Gegensatz zwischen Marx, Engels, Lenin und Luxemburg konstruierte, der ein materialistischer Dialektiker von Format war, unbedingt eigen. Nach Abendroth entsteht marxistisches Bewusstsein in einer »konkreten historischen Totalität«, zieht man diese ab, hat man es mit »Anti-marxismus« zu tun.

Vor sechs Jahren schrieben Ekkehard Lieberam und ich in der Einleitung zum Nachdruck des Alternativentwurfes von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, dass Abendroth »... nach Rosa Luxemburg der wohl klügste und weitblickendste theoretisch-strategische Kopf der marxistischen Linken in Deutschland (war). Und er war wie Rosa Luxemburg ein Sozialist, für den die marxistische Analyse sich stets mit politischem Handeln verband. Seine Werke ... sind heute genauso aktuell wie zu der Zeit, als sie geschrie-

ben wurden.« Daran ist festzuhalten, denn die sozialen Trennungslinien sind schärfer geworden, die Klassen grenzen sich voneinander ab, die Auswirkungen auf die Politik und die Parteien sind unübersehbar. Abendroth hatte begriffen, was es heißt, dass die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen, die Politik der Kampf widerstreitender Klasseninteressen ist. Er hatte begriffen, dass dieser Kampf, der sich um das Eigentum und die Eroberung der politischen Macht dreht, den Tageskampf zur Grundlage hat, weil ohne ihn das Proletariat zu einer unterschiedslosen Masse ruiniertes armer Teufel degradiert würde, denen keine Erlösung mehr hilft, die zur Revolution unfähig wird. Deshalb gab Abendroth als im besten Sinne des Wortes »orthodoxer Marxist« den Linken in der Gewerkschaftsbewegung der BRD auch die entscheidenden Impulse.

Er hatte aber auch begriffen, dass es auf den einheitlichen Klassenkampf ankommt, dass die Arbeiterklasse sich als ideologische und organisatorische Gegenmacht gegen den kapitalistischen Staat konstituieren muss. Dies schließt die ständige kritische Auseinandersetzung mit dem Opportunismus als sich stets reproduzierender Gefahr ein. In vorbildlicher Weise verarbeitete Abendroth die historische Dialektik, dass die bürgerlich-demokratische Republik auch »Treibhaus der Revolution« (Marx) ist, zu konkreten Handlungsorientierungen der Arbeiterbewegung in der BRD, wie sie nicht zuletzt in seinen Wahlanalysen und den vielen Texten zum »sozialistischen Zentrum«, zur »sozialistischen Kooperation« oder zur »sozialistischen Opposition« deutlich wurden.

Wolfgang Abendroth hielt eine kommunistische politische Partei als praktisch »organisierendes Moment für das Klassenbewusstsein, für das politische Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse und der übrigen Randschichten der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik« für erforderlich. Dabei ging er davon aus, dass die notwendige einheitliche marxistische Partei der Arbeiterklasse noch nicht in der

PUBLIKATIONEN DES MARXISTISCHEN FORUM SACHSEN

Zuweilen betreiben die amtlich bestellten »Verfassungsschützer« Propaganda für den Marxismus. Der letzte Verfassungsschutzbericht jedenfalls hebt das »Marxistische Forum Sachsen« hervor. Nun ist die Institution, die schon das Aufwerfen von Problemen aus dem Alltag des Kapitalismus für polizeiwidrig hält zwar unbelehrbar, weil sie einen Auftrag von den Herrschenden hat, aber dem politisch bewußten Lohnabhängigen sagt sie zumindest: Schau dir an, was das Marxistische Forum Sachsen diskutiert. Uns stört es, weil es dir nützen könnte.

Diese »aufmunternden Worte« ernst nehmend, möchten wir – natürlich aus eigenem Antrieb – auf zwei Publikationen des Marxistischen Forums hinweisen, die unlängst im GNN-Verlag Schkeuditz erschienen sind.

Heft 49 der Reihe »Marxistisches Forum« Zu Ursachen des Scheiterns des europäischen Sozialismus

Thesen von Debatten, die das marxistische Forum Sachsen und Leipzig sowie der RotFuchs-Verein Leipzig im Oktober und November 2004 führten

Behandelt werden u.a.: Zusammenbruch des europäischen Sozialismus: Ursachen des Scheiterns. Sechs Thesen.

War die Niederlage des Sozialismus in Europa gesetzmäßig? (Thesen) ISBN: 3-89819-202-4, Preis: 2,50 Euro

Heft 51 der Reihe »Marxistisches Forum« Die DDR – kein Betriebsunfall der Geschichte

Sozialismuserfahrungen, kapitalistische Restauration und Voraussetzungen für einen neuen Sozialismus gewidmet unserem Freund und Genossen Ingo Wagner

Behandelt werden u. a.: Die DDR – nur eine »Fußnote« in der Geschichte? Zu Erfahrungen des europäischen realen Sozialismus (DDR) und der Notwendigkeit einer zeitgemäßen Sozialismuskonzeption für das 21. Jahrhundert Wesens- und Strukturveränderungen der Lohnabhängigenklasse in Ostdeutschland

Voraussetzungen für einen neuen Sozialismus: Gründliche Umwälzung der Gesellschaft, größere Klarheit in den Köpfen. Über den Rechtsstaat und die staatlich-rechtlichen Verhältnisse in der DDR

ISBN: 3-89819-227-X, Preis: 4,00 Euro

erforderlichen Stärke und Form besteht. Diese Partei entsteht nicht spontan, aber zu ihrer vollständigen Herausbildung hat sie einen durch die historisch-ökonomischen Verhältnisse bewirkten Aufschwung der Arbeiterbewegung als Massenbewegung zur Voraussetzung. Der Schaffung einer solchen Partei, deren Politik in allen Fragen stets auf die revolutionäre Veränderung der bestehenden Gesellschaft gerichtet ist, war das gesamte Denken und Handeln von Wolfgang Abendroth, d. h. sein Bestreben, politische Bündnisse zwischen den an gegenseitigen Verengungsfehlern klebenden marxistischen Linken und der Arbeiterbewegung durch die Organisierung bewusstseinsbildender Kerne und der damit verbundenen marxistischen Diskussion über alle Fragen des Klassenkampfes zu fördern, untergeordnet. Das Wachhalten des sozialistischen Gedankens stand dabei im Mittelpunkt, denn Abendroth wusste, dass sich die Arbeiterklasse instinktiv zum Sozialismus hingezogen fühlt. Und er wusste, dass die zu schaffende politische Partei eine sich entwickelnde, d. h. widerspruchsvolle Vereinigung kämpfender Sozialisten ist, denen es um die Parteibildung der Arbeiterklasse selbst geht.

Man wird dem Denken und Handeln von Wolfgang Abendroth als Wissenschaftler und Revolutionär nur dann gerecht, wenn man beides vom Standpunkt des Charakters der Klassenkämpfe insbesondere unter den Bedingungen des bewusst erlebten Unterganges der Weimarer Republik in der faschistischen Diktatur der »Hitlerzeit« (Brecht), des gemeinsamen antifaschistischen Widerstandskampfes aller Fraktionen der Arbeiterbewegung, der »Wellen« (Abendroth) der Restauration eines nach- bzw. profaschistischen imperialistisch-kapitalistischen Deutschlands in der BRD mit den damit verbundenen Tendenzen der Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft, dem verschütteten Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse, der Existenz des realen Sozialismus auf deutschem Boden in Gestalt der DDR, der Rolle der Sowjetunion und den Triebkräften der sozialistischen Revolution analysiert. Die Widersprüche, die dabei sichtbar werden, führten immer wieder dazu, dass Abendroth, dem konsequenten Antifaschisten, der 1961 aus der SPD ausgeschlossen wurde, die er für sich nur als »Operationsbasis« betrachtete, der in Marburg wissenschaftliche Politik lehrte und lebte, selbst von vermeintlichen politischen Weggefährten teilweise erbitterte Feindschaft entgegengebracht wurde oder unter ihnen nur der »große Taktiker« Aufmerksamkeit erregte. Aber diese Widersprüche sind nicht Widersprüche in der Person und im Bewusstsein von Wolfgang Abendroth, sondern Widersprüche des wirklichen Lebens.

Allein Heuchler können es für unvereinbar halten, nüchternsten Realismus, Herunterreißen jeglicher Masken, schonungslose Kritik der kapitalistischen Ausbeutung, der bürgerlichen Demokratie, des Zustandes der Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen, ihrer Funktionäre und von Entwicklungen in den sozialistischen Ländern, die deren Position schwächen, mit der kompromisslosen solidarischen Verteidigung des sozialistischen Aufbauwerkes und einem festen Glauben an die Arbeiterklasse, wie sie für Abendroth charakteristisch sind, zu verbinden. Gerade dadurch, dass Wolfgang Abendroth um Widersprüche keinen Bogen gemacht hat, konnte er den realen Sozialismus als positives Erfahrungsobjekt für ein besseres Leben der abhängig Arbeitenden auch für die in antikommunistischer Umnachtung gehaltene Arbeiterklasse in Westdeutschland ins Bewusstsein heben.

Niemals hat Abendroth einen antikommunistischen Standpunkt eingenommen oder unterstützt; er hat den Antikommunismus (gerade auch in der militanten Form des KPD-Verbotes) auf das Schärfste bekämpft. Sein Ziel war die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse.

Wolfgang Abendroth, für den die Politik keine autonome Sphäre war, wusste und lehrte, dass das Sich-Fernhalten der Arbeiterklasse bzw. der sozialistischen Intellektuellen von der Politik, das Fehlen von Interesse und Verständnis für die Politik bewirkt, dass dem klassenbewussten und revolutionären Proletariat nur eine Minderheit folgt, die Mehrheit dagegen eine Beute jener prinzipienlosen und knechteligen bürgerlichen Intellektuellen wird, die behaupten, die Bourgeois seien Bourgeois im Interesse der Lohnabhängigen. Höchst aktuell ist deshalb folgender Gedanke von Abendroth: *»Je mehr Arbeiterklasse und Intelligenz in offene Konflikte mit der herrschenden Klasse und ihren politischen Repräsentanten geraten, um so realer wird die politische Möglichkeit, dass die sozialistische Opposition programmatisch und organisatorisch als vorwärts treibende Kraft wirken kann. Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass wir durch ein Programm aktueller Tageslosungen eine einsichtige Alternative zur Regierungspraxis der Konzertierung und der Notstandsformierung entwickeln. Diese Alternative kann nur in ständiger Diskussion aller wirklich sozialistischen Kräfte – so schwach sie heute noch sind – entstehen. Dazu bedarf es der Mitwirkung aller, in langen Jahren des sozialistischen Kampfes erfahrener Genossen und der jungen Kräfte, die in Intelligenz und Arbeiterjugend durch die bisher isolierten Protestbewegungen zu sozialistischem Bewusstsein gelangt sind, also eines sozialistischen Zentrums. Es geht weiterhin darum, dass wir alle Möglichkeiten zur Neuschaffung und Weiterentwicklung lokaler Ansätze der sozialistischen Opposition durch Verstärkung unserer lokalen Arbeit sowie durch Koordinierung unserer Diskussion und Organisation nutzen. Nur wenn wir in einzelnen Orten und Betrieben als sozialistische Alternative wirken, können wir die Voraussetzungen für eine breitere und zentral wirkende sozialistische Bewegung schaffen.«*

Für Wolfgang Abendroth war der Marxismus der proletarische Klassenkampf in Gedanken gefasst. Deshalb stand er in vorderster Front jeder fortschrittlichen Bewegung in der BRD. Es ging ihm um die politische Aktion der Arbeiterklasse. Mit der Forderung nach Organisierung des Klassenkampfes von Unten wurde also auch ein wissenschaftliches Bekenntnis als Marxist zum Ausdruck gebracht. Deshalb wird kein sich des Klassencharakters seiner Lage bewusst werdender bzw. bewusst gewordener Lohnabhängiger, Arbeitsloser oder sozial Ausgegrenzter die helfende Hand ausschlagen, die ihn an das Denken und Handeln von Abendroth in der Gegenwart zur Veränderung seiner Lage heranführen will. Denn der Massenkampf, der durch den Verzicht auf die Organisierung von Widerstand in der Kombination von Tageslosungen, Übergangslosungen und Endlosungen (Aktionsprogramm) mangelhaft vorbereitet ist, droht unweigerlich zu scheitern.

In diesem Sinn führen am 13. Mai 2006 die Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal), das Marxistische Forum Sachsen, das Marxistische Forum Leipzig, der RotfuchsFörderverein (Regionalgruppe Leipzig) eine Konferenz zu Ehren von Wolfgang Abendroth durch, die das Thema hat: *»Gegenmacht schaffen«*.
Herbert Münchow, 25.3.2006 ■

Manfred Behrend gestorben

Am 17. Februar 2006 fanden sich etwa 80 Personen auf dem Städtischen Friedhof in Berlin Weißensee ein, um sich von Manfred Behrend zu verabschieden. Manfred Behrend starb im Alter von 75 Jahren an den Folgen eines Lungenleidens.

Die Schar der Trauernden spiegelte die einzelnen Abschnitte seines beruflichen und politischen Wirkens wider. Ein Teil der Anwesenden kannte ihn noch aus Zeiten der DDR und hatte seine wissenschaftlichen Arbeiten wie seine Konflikte mit der SED begleitet. Ein anderer Teil lernte ihn erst nach 1990 kennen. Sie gehörten unterschiedlichen linken Organisationen an, mit denen er nach dem Ende der DDR intensiv diskutiert und in deren Zeitungen er eine Vielzahl von Artikeln veröffentlicht hatte.

Manfred Behrend war kein Parteipolitiker, sondern im wesentlichen politischer Publizist. Er schrieb eine Vielzahl von Aufsätzen sowohl zu historischen Fragen wie auch zu aktuellen politischen Fragestellungen. Die einzelnen Stationen seines Schaffens wie die thematischen Schwerpunkte seiner Veröffentlichungen sind in dem von seiner Frau Hanna Behrend herausgegebenen Sammelband »*Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns*«¹⁾ exemplarisch dokumentiert worden. Manfred schrieb auch einige Bücher, so u. a. eine Biografie zu Franz Josef Strauss. Eine Schrift zur Entwicklung der SED und der PDS soll posthum erscheinen.

Manfreds politisches Denken wurde wesentlich von seinem Vater geprägt. Walter Behrend schloss sich im 1. Weltkrieg dem Spartakusbund an, nach der Novemberrevolution wurde er Mitglied der KPD und gehörte nach dem Abschluss der sog. Rechten aus der KPD ab Ende 1928 der KPO an. Nach 1933 arbeitete Walter Behrend illegal für die KPO weiter. Er gehörte der Widerstandsgruppe um Richard Becker an. Nach 1945 organisierte er sich in der SED und übernahm in Berlin-Kreuzberg Funktionen. Er galt in den Augen der Parteiführung weiterhin als Rechter und entging 1951 den Parteisäuberungen nur knapp. Ab 1956 nahm er Kontakt zu den Westberliner Mitgliedern der Gruppe Arbeiterpolitik auf.²⁾ Über diese Verbindung gelangten dann auch zwei Artikel von Manfred Behrend in die Zeitung »Arbeiterpolitik«.

Als Student der Humboldt-Universität berichtete Manfred über die Stimmungslage unter den Studenten. Er zeigte auf, mit welchen Methoden die SED jede kritische Rezeption der eigenen Geschichte unterband, wie sie versuchte, die Auseinandersetzung über die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus etwa in China oder Jugoslawien zu unterdrücken und eine Diskussion über die Ereignisse in Ungarn und Polen zu verhindern.³⁾

Der Kontakt zur Gruppe Arbeiterpolitik bestand seitens des Vaters nur bis zum Bau der Mauer. Eigenständige Beziehungen von Manfred zur Gruppe sind nicht bekannt.

Als ausgebildeter Historiker versuchte Manfred nach dem Eintritt ins Berufsleben in der DDR politisch zu überleben. Er suchte sich eine Nische, beschäftigte sich mit Persönlichkeiten der frühbürgerlichen Revolution in England

(Liburn, Cromwell), die nicht so im Blickpunkt der Zensoren der Partei standen. Er begann in dieser Zeit sich intensiv mit Trotzki auseinander zu setzen, wobei er dessen Stellungnahmen zur Sowjetunion weitgehend übernahm. Er definiert sich bis zu seinem Tode als »Antistalinist«, was nach 1990 die Diskussion über die Sowjetunion für uns nicht immer einfach machte. Ein Teil seiner wissenschaftlichen Tätigkeit widmete er ferner der Untersuchung des bundesrepublikanischen Konservatismus und der Formierung rechtsextremer Gruppen.

Nach dem Untergang der DDR hatte Manfred sein berufliches Leben bereits hinter sich. Er konnte sich frei von materiellen Zwängen, zeitlichen Beschränkungen und politischen Vorgaben uneingeschränkt seiner publizistischen Tätigkeit widmen. Er schrieb in den folgenden Jahren in einer Vielzahl von Zeitschriften der Linken. Sein zentrales Thema bildete die Auseinandersetzung mit der DDR, deren gesellschaftliche Grundlage er nie in Frage gestellt hatte und der SED wie ihrer Nachfolgeorganisation PDS. Er zeichnete nahezu minutiös alle Wendungen der Partei nach und geißelte ihre schrittweise Abwendungen von sozialistischen Überzeugungen. Er griff sowohl die Positionierungen der Gremien wie auch die tagespolitischen Stellungnahmen einzelner Parteifunktionäre an. Man kann ohne zu übertreiben sagen, dass er einer der besten Kenner der Parteigeschichte der PDS nach 1990 wurde. Viele seiner Analysen zur Politik der SED/PDS erschienen in der Zeitschrift »Arbeiterstimme«.

Seine Detailbesessenheit bei der Auseinandersetzung mit der PDS lies ihn die Tatsache aus den Augen verlieren, dass die Entwicklung einer kommunistischen Kraft in der Bundesrepublik nicht von dem Nachweis abhängt, dass die PDS zum wiederholten Male in ihren Verlautbarungen marxistische Grundsätze verletzte habe, sondern vielmehr davon, ob sich unter den Arbeitern und Angestellten die Bereitschaft entwickelt, eigenständig in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen.

Manfred gehörte zu den wenigen in der SED/PDS, die trotz aller Enttäuschungen über die Entwicklung der Partei nicht resignierten und sich ins Privatleben zurückzogen. Er wollte mit seinen Auseinandersetzungen über die Geschichte der Partei einen Beitrag dazu liefern, dass aus deren Erfahrungen gelernt werden kann. Nur so ließen sich nach seiner Überzeugung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich eine selbstständige politische Kraft von Kommunisten in der BRD herausbilden kann. An der Verwirklichung dieses Ziels, das er mit uns teilte, arbeitete er rastlos sogar dann noch, als seine Gesundheit durch die Krebserkrankung schon stark angegriffen war.



1) Hanna Behrend (Hrsg.): *Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns*, In der Sicht eines DDR-Chronisten, Berlin 2005

2) Theodor Bergmann: *Gegen den Strom*, Hamburg 2001, S. 410 f.

3) Die Thälmann-Legende wird brüchig (Arbeiterpolitik 23.11.1956); Das Lehrjahr ist vorüber: Die intellektuelle Opposition bleibt (Arbeiterpolitik 22.02.1957), in: Behrend: *Zeiten ...*, S. 43ff. und S. 46ff.